

# Halbzeit-Bilanz der SVP, Legislatur 2008-2011

## Zusammenfassung:

### Das haben wir in der ersten Legislaturhälfte in unseren Kernthemen erreicht:

#### Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen

- Die SVP hat in der ersten Legislaturhälfte als einzige Partei gegen den fortschreitenden Trend zur Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft. Der stetige Druck der SVP hat dazu geführt, dass z.B. bei den Sozialwerken verstärkt ausgabenseitige Massnahmen diskutiert werden, bevor nach Zusatzeinnahmen gesucht wird.
- Die SVP hat verschiedene Anträge und Vorstösse für Steuersenkungen gemacht (Mehrwertsteuer, Autoimportsteuer, LSVA, CO<sub>2</sub>-Abgabe) und entsprechende Anliegen konsequent unterstützt. Dank der SVP konnte die kalte Progression ausgeglichen werden und die Unternehmenssteuerreform vor dem Volk bestehen. In der zweiten Legislaturhälfte lanciert die SVP eine Volksinitiative zur steuerlichen Entlastung aller Familien, welche die steuerliche Diskriminierung der Familien, die ihre Kinder selber betreuen, beseitigen soll.
- Die SVP verfolgt seit Jahren eine konsequente Finanzpolitik. Die SVP hat verschiedene Anläufe zur Senkung der Ausgaben mittels Aufgabenverzichtsplanung unternommen, nachdem bereits in der letzten Legislatur Vorstösse für ein Entlastungsprogramm erreicht wurden.
- Dank des Drucks durch Vorstösse der SVP mussten Bundesrat und Parlament im Zusammenhang mit der Finanzkrise Massnahmen gegen die Systemrisiken des Finanzplatzes (insb. Problem der volkswirtschaftlichen Risiken, welche von einem Konkurs der Grossbanken ausgehen würden) ergreifen.
- Der Sanierungsbedarf der Sozialwerke wird immer akuter. Die SVP plädiert als einzige Partei für konsequente, ausgabenseitige Sanierungsschritte. Die anderen Parteien wollen mehr Geld für die Sozialwerke, ohne die Missstände anzugehen. Dank der SVP ist die Bekämpfung von Missbräuchen im Bereich der Sozialwerke zum Thema geworden und wird heute mindestens teilweise auch von den Behörden angegangen.
- Die SVP kämpft gegen die explodierenden Krankenkassenprämien. Sie hat die Einfrierung der Krankenkassenprämien bei gleichzeitigem Übergang zur Vertragsfreiheit gefordert und erreicht, dass die Prämienverbilligungen nicht weiter ausgebaut werden.
- Freiheits- und Eigentumsrechte werden immer stärker dem Zeitgeist geopfert. Die SVP hält beinahe als einzige politische Kraft die individuelle Freiheit und den Schutz des Eigentums hoch (Einsatz gegen Werbeverbote, gegen Rauchverbote usw.).

#### Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz, deren Volksrechte nicht durch „Völkerrecht“ weiter beschnitten werden

- Dank der SVP ist die Schweiz heute nicht in der EU. Die SVP ist weiterhin konsequent gegen einen EU-Beitritt.
- Es besteht eine immer grössere Tendenz, Völkerrecht zu übernehmen und unsere Volksrechte und die Souveränität aufzuweichen. Die SVP hob in der ersten Legislaturhälfte immer wieder den Mahnfinger, wenn entsprechende Vorlagen auf die politische Traktandenliste kamen. Die Schweiz rückt gegenüber dem Ausland zudem zunehmend von wichtigen Rechtsgrundsätzen wie der doppelten Strafbarkeit ab. Die SVP hat diese Tendenzen in der

ersten Legislaturhälfte aufgedeckt und angeprangert. Die SVP setzt sich konsequent für die Umsetzung von Volksentscheiden, z.B. der Minarett-Initiative, ein.

- Die Bedenken der SVP gegenüber einer Ausweitung des freien Personenverkehrs bestätigen sich. Die Zuwanderung steigt unkontrolliert. In der Krise kehren arbeitslose Ausländer nicht in ihre Heimat zurück und belasten unsere Sozialwerke. Der Druck für griffige Massnahmen steigt. Aus diesem Grund hat die SVP in der Wintersession 2009 die Einberufung einer ausserordentlichen Session zu dieser Thematik verlangt.
- Die SVP kämpft für die Interessen einer einheimischen, produzierenden Landwirtschaft und bekämpft einen grenzenlosen Freihandel im Landwirtschaftsbereich. Die erfolgreiche Bauernkundgebung von Sempach hat gezeigt, dass die Landwirtschaft hinter den Forderungen der SVP steht. Dank der SVP muss die Schweizer Delegation im Rahmen der WTO-Doha-Runde die Interessen der Landwirtschaft vertreten. Bundesrat und Parlament haben auf Druck der SVP Massnahmen zur Stabilisierung des Milchmarktes beschlossen.
- Die SVP kämpft praktisch noch als einzige Kraft für den Erhalt des Bankkündengeheimnisses und damit für die Wahrung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund unterstützt die SVP die Volksinitiative zur Wahrung des Bankkündengeheimnisses. Im Rahmen der neuen Doppelbesteuerungsabkommen kämpft die SVP für den Erhalt des Prinzips der doppelten Strafbarkeit. Dank dem Druck der SVP konnte bisher eine Aufweichung des Bankkündengeheimnisses im Inland verhindert werden und der interkantonale Steuerwettbewerb bleibt bisher weitgehend unangetastet.
- Die SVP kämpfte bisher mit Erfolg für die Aufrechterhaltung der Neutralität, welche in der Bevölkerung breit abgestützt ist. Mit dem Einzug von Bundesrat Ueli Maurer in den Bundesrat und ins VBS nimmt der Drang der Schweizer Armee, sich ausländischen Bündnissen anzunähern, ab. Die SVP konnte die Festschreibung von Ausland-WKs im Gesetz sowie einen Somalia-Einsatz der Armee verhindern. Damit dürften neue internationale, bewaffnete Einsätze der Schweizer Armee dank der SVP vorerst vom Tisch sein.

### **Schaffen von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen**

- Über 211'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unterzeichneten die SVP-Ausschaffungsinitiative, welche eine Ausschaffung krimineller Ausländer fordert.
- Dank der SVP wächst die Sensibilisierung im Zusammenhang mit den Problemen durch nicht integrierte Ausländer. Es gelang der SVP Scheinehen gesetzlich zu unterbinden und eine Aufweichung des Namensrechts zu stoppen. Ausserdem wurde die Minarett-Initiative, welche von SVP-Vertretern lanciert wurde, mit über 57 Prozent angenommen.
- Seit der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher und mit der Übernahme des EJPD durch Bundesrätin Widmer-Schlumpf wachsen die Probleme im Asylwesen wieder. Pfaffenfertig vorliegende Gesetzesvorschläge (z.B. für das Problem Eritrea) wurden verzögert, Gesuchszahlen (+50%) und unerledigte Pendenzen (+100%) nehmen zu. Die Kosten steigen wieder an. Die SVP bleibt in diesem Thema präsent und bringt laufend Vorstösse und Vorschläge zur Lösung von Problemen im Asylwesen (z.B. konsequenter Vollzug, Reduktion der Attraktivität, verschärfte Härtefallregelung usw.).
- Die SVP hält das Bürgerrecht hoch und bekämpft die Tendenz zu dessen Aufweichung und Abwertung.
- Das Thema Sozialmissbrauch ist dank der SVP ins Bewusstsein der Bevölkerung und der Politik gerückt, nachdem Missstände jahrelang verschwiegen und bagatellisiert wurden. Die SVP hat gezielt Vorstösse eingereicht, um diesen Missständen zu entgegen. Massnahmen gegen den Missbrauch der Sozialwerke wurden Gegenstand von Revisionspaketen im Bereich der Sozialwerke, insbesondere der IV.

- Dank der SVP ist das wachsende Problem der Jugendkriminalität in der ersten Legislaturhälfte auf die politische Traktandenliste gekommen. Politik und Behörden müssen handeln und können nicht mehr wegschauen. So wurden in einer von der SVP erwirkten ausserordentlichen Session die wesentlichen Missstände des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches im Nationalrat wieder rückgängig gemacht. Die SVP macht mit verschiedenen Vorstosspaketen Druck auf Politik und Behörden.
- Die SVP äussert sich als einzige politische Kraft kritisch zur Wirkung der Entwicklungshilfe.

### **Für eine qualitativ hochstehende Bildung**

- Unter der Federführung der SVP wurde der Beitritt zum HarmoS-Konkordat in verschiedenen Kantonen bekämpft. 9 Kantone haben HarmoS oder dessen Umsetzung mittlerweile abgelehnt. Die SVP nimmt nun verschiedene, schädliche Folgeprojekte von HarmoS ins Visier.

## Einleitung

Die klare und gradlinige Politik der SVP wurde durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger seit den 1990er-Jahren honoriert. Nach dem Wahlsieg von 1995 gewann die SVP 1999 die Wahlen erneut und wurde zur wählerstärksten Partei. Nach dem Wahlsieg von 2003 konnte die SVP weiter zulegen. Die Kandidaten für die Eidgenössischen Wahlen 2007 schlossen im August 2007 einen Vertrag mit dem Volk, in welchem sie der Bevölkerung drei Wahlversprechen abgegeben haben, an welchen sie gemessen werden:

- **Wir wollen für alle die Steuern senken.**
- **Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.**
- **Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.**

Bei den Wahlen 2007 hat die SVP mit 29.0 Prozent den höchsten Wähleranteil aller Parteien seit Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1919 erzielt. Die SVP verfügt heute in der Bundesversammlung über 58 National- und 6 Ständeräte.

Am 2. November 2007 verabschiedete die SVP-Fraktion ein Legislaturprogramm für die Fraktion, welches konkret aufzeigt, wie die SVP die Wahlversprechen umsetzen möchte. Die SVP-Fraktion beschloss folgende 3 Haupt- und 21 Unterziele:

- 1. Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen.**
- 2. Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz, deren Volksrechte nicht durch „Völkerrecht“ weiter beschnitten werden.**
- 3. Schaffen von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen.**

**Dieses Papier gibt einen Überblick über die Erreichung der Ziele zur Mitte der Legislatur.**

# 1. Senken der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen

Das haben wir versprochen:

## 1.1

**Die SVP-Fraktion bekämpft die Einführung aller neuen Steuern, Gebühren und Abgaben.** Über die Hälfte des Jahres arbeiten wir nur für staatliche Zwangsabgaben. Dies führt zu weniger Leistungsbereitschaft und damit zu einem Verlust an Wohlstand und wirtschaftlicher Prosperität.

Das haben wir erreicht:

**Die SVP hat in der ersten Legislaturhälfte als einzige Partei gegen den fortschreitenden Trend zur Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft. In einigen Fragen - z.B. bei der Mehrwertsteuererhöhung für die IV-Zusatzfinanzierung von 0,4 Prozent - musste die SVP sogar gegen die Wirtschaftsverbände antreten, welche sich ebenfalls für Steuererhöhungen eingesetzt haben. Gegen den Willen der SVP wurde auch die CO<sub>2</sub>-Abgabe verdreifacht. Ausserdem haben sich die Strompreise wegen zusätzlicher Abgaben massiv verteuert (im Schnitt um 8%). Hingegen gelang es mit Unterstützung der SVP, die Dumont-Praxis abzuschaffen. Der stetige Druck der SVP hat zudem dazu geführt, dass z.B. bei den Sozialwerken verstärkt ausgabenseitige Massnahmen diskutiert werden, bevor nach Zusatzeinnahmen gesucht wird.**

*In der Frühjahrsession 2008 schafft der Nationalrat mit Unterstützung der SVP die Dumont-Praxis ab. Damit können Unterhaltskosten beim eigenen Haus generell abgezogen werden. Dieser Entscheid wurde in der Herbstsession vom Ständerat bestätigt.*

Dafür haben wir gekämpft:

- *Im Parlament setzt sich in der Sommersession 2008 eine Mitte-Links-Koalition gegen den Willen der SVP durch, welche die Mehrwertsteuer proportional um 0,4 Prozent erhöhen und der IV 5 Milliarden Franken AHV-Gelder als Startkapital geben will. Dank der SVP konnte die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer um sogar 0,8% und eine Lohnprozenterhöhung von 0,1% verhindert werden. Der bereits publizierte Bundesbeschluss wurde schliesslich innert zwei Tagen nochmals rechtswidrig geändert. Am 27. September 2009 heissen Volk und Stände die Vorlage knapp gut.*
- *Der Nationalrat erhöht in der Herbstsession 2008 gegen den Widerstand der SVP die Tabaksteuer.*
- *In der Frühjahrsession 2009 hat der Nationalrat gegen den Widerstand der SVP der Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen für energetische Gebäudesanierungen zugestimmt und damit indirekt einer faktischen Steuererhöhung um 200 Millionen Franken zugestimmt.*
- *In der Sondersession 2009 wurde die Busse für das Fahren ohne Autobahnvignette gegen den Willen der SVP im Nationalrat verdoppelt. Dieser Entscheid wurde in der Herbstsession vom Ständerat bestätigt.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 08.3648 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verhinderung von Quasi-Steuern durch die Hintertür
- 09.3677 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Neue Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Verhinderung einer Mehrbelastung der Bürger und der Unternehmen
- 08.3528 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sistierung der Inkraftsetzung des StromVG
- 08.3527 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sistierung Zuschläge für Einspeisevergütung. Öko-Abgabe
- 08.3470 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Massnahmen zur Entlastung von Bürgern und Wirtschaft von steigenden Strompreisen
- 08.3380 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verzicht auf die CO<sub>2</sub>-Abgabe oder auf weitere Erhöhungsschritte
- 08.3351 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stopp dem Steuerterror gegen die Mobilität des Landes
- 08.3252 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Massnahmen zur Entlastung von Bürgern und Wirtschaft von steigenden Rohstoffpreisen

## Das haben wir versprochen:

### 1.2

**Die SVP-Fraktion will Steuersenkungen für alle.** Die moderate Steuerbelastung ist ein wesentlicher Standortvorteil der Schweiz. Dadurch bleibt Bürgern und Unternehmungen mehr Geld für Konsum und Investitionen, was die Konkurrenzfähigkeit unseres Landes steigert. Steuersenkungen sind dort anzustreben, wo alle profitieren (Mehrwertsteuer, Unternehmensgewinnsteuern).

## Das haben wir erreicht:

**Die SVP hat verschiedene Anträge und Vorstösse für Steuersenkungen gemacht (Mehrwertsteuer, Autoimportsteuer, LSWA, CO<sub>2</sub>-Abgabe) und entsprechende Anliegen konsequent unterstützt. Dank der SVP konnte die kalte Progression ausgeglichen werden und die Unternehmenssteuerreform vor dem Volk bestehen. In der zweiten Legislaturhälfte plant die SVP eine Volksinitiative zur steuerlichen Entlastung aller Familien, welche die steuerliche Diskriminierung der Familien, die ihre Kinder selber betreuen, beseitigen soll.**

- *Das Schweizervolk stimmt am 24. Februar 2008 der Unternehmensteuerreform II, welche die Unternehmensnachfolge von juristischen Personen massiv vereinfacht und Steuersenkungen im Umfang von rund 430 Millionen beinhaltet, zu. Dieses Projekt wurde von der SVP stets unterstützt.*
- *In der Legislaturplanung obsiegt im Nationalrat in der Sommersession 2008 ein SVP-Antrag zur steuerlichen Entlastung der Familien mit Kindern.*
- *Das Parlament beschliesst im Herbst 2009 einen steuerlichen Kinder-Fremdbetreuungsabzug von 10'000 Franken. Daraus resultieren Steuersenkungen von rund 600 Millionen Franken, davon 500 Millionen beim Bund. Die SVP hat dieses Anliegen unterstützt und gefordert, dass auch die Kinderbetreuung zuhause abzugsfähig sein soll. Das Parlament ist diesem Antrag nicht gefolgt. Die SVP-Fraktion beschliesst an ihrer Fraktionssitzung vom 26. Mai 2009, eine Volksinitiative vorzubereiten, um die steuerliche Gleichstellung der traditionellen Familien herbei zu führen, falls die Familienbesteuerungsvorlage in der Version des Bundesrates beschlossen wird. Nach dem negativen Parlamentsentscheid beschliesst die SVP-Delegiertenversammlung am 5. Dezember 2009 die Lancierung einer Volksinitiative.*
- *In der Wintersession 2008 verabschiedet der Nationalrat eine Motion zum Ausgleich der kalten Progression. Basierend darauf wird in der Herbstsession 2009 im Sinne der SVP auch eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die Steuersenkungen im Umfang von rund 500 Millionen Franken zur Folge hat.*
- *In der Sommersession 2009 heissen die Räte eine Vorlage von Ständerat Maximilian Reimann zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Parteispenden für natürliche Personen in der Höhe von 10'000 Franken gut.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 08.3350 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Senkung der Mehrwertsteuer zur Steigerung von Mobilität und Wirtschaftswachstum.
- 08.3869 Motion der Fraktion der Schweizerische Volkspartei: Senkung der Mehrwertsteuer zur Stärkung der Kaufkraft und Ankurbelung der Wirtschaft
- 08.3865 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Auszahlung des Überschusses 2008 an die Schweizer Bevölkerung
- 08.3860 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sistierung der Importsteuer zur Arbeitsplatzzerhaltung in der Automobilindustrie
- 08.3773 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Steuern senken statt wirkungslose staatliche Impulsprogramme
- 08.3352 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verzicht auf die weitere Erhebung des Klimarappens bei Treibstoffen
- 08.3350 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Senkung der Mehrwertsteuer zur Steigerung von Mobilität und Wirtschaftswachstum
- 08.514 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Steuerliche Entlastung von eigenverantwortlichen Familien
- 08.436 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Fakultative Einführung eines Bausparmodells für die Kantone

**Positionspapiere:**

- Positionspapier der SVP zur Familienbesteuerung  
„Die SVP für Betreuungsabzüge - aber bitte für alle!“ vom 26. Mai 2009.

## Das haben wir versprochen:

### 1.3

**Die SVP-Fraktion will die Bundesfinanzen ausgabenseitig weiter sanieren.** Der Bundesrat muss Prioritäten setzen, um die ausgabenseitige Sanierung des Bundeshaushalts voranzutreiben. Eine Aufgabenverzichtsplanung, welche Kosteneinsparungen von 20 Prozent bringt, ist ebenso unverzichtbar wie eine Verschärfung der Schuldenbremse. Nur so ist ein Schuldenabbau möglich.

## Das haben wir erreicht:

**Die SVP verfolgt seit Jahren eine konsequente Finanzpolitik. Bundesrat und Parlament fallen indes immer wieder in einen finanzpolitischen Schlendrian zurück. Der Bundesrat hat es in der vergangenen Hochkonjunkturphase verpasst, eine Aufgabenüberprüfung durchzuführen. Die SVP hat verschiedene Anläufe zur Senkung der Ausgaben mittels Aufgabenverzichtsplanung unternommen, nachdem bereits in der letzten Legislatur Vorstösse für ein Entlastungsprogramm eingereicht wurden. Mittlerweile hat auch der Bundesrat die Notwendigkeit eines Entlastungsprogramms erkannt. Allerdings ist es zu spät. Schon steht die Schweiz wieder vor Defiziten in Budget und Finanzplan. Das ist nicht akzeptabel. Eine konsequente ausgabenseitige Sanierung der Bundesfinanzen ist zwingend.**

- *Dank des steten Drucks der SVP in der vergangenen Legislatur, konnten die Bundesfinanzen in der ersten Hälfte der laufenden Legislatur noch im Gleichgewicht gehalten werden. Mit der Abwahl von Bundesrat Blocher Ende 2007 liess im Bundesrat der finanzpolitische Druck nach. Wichtige Projekte, wie die Aufgabenüberprüfung wurden auf die lange Bank geschoben, so dass die finanzpolitische Lage des Bundes nun wieder kritisch ist.*
- *Die Eidgenössischen Räte beschliessen in der Frühjahrsession 2009 eine Vorlage zur Verschärfung der Schuldenbremse, was insbesondere im Hinblick auf die schwächelnde Konjunktur und die drohenden Mehrausgaben äusserst wichtig ist.*

## Dafür haben wir gekämpft:

- *In der Wintersession 2007 stocken die Eidgenössischen Räte gegen den Willen der SVP den Voranschlag 2008 auf und nehmen damit fast 4 Milliarden Franken neue Schulden in Kauf.*
- *In der Frühjahrsession 2008 lehnt der Nationalrat eine Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion zur Einführung des Finanzreferendums ab. Nachdem früher sämtliche bürgerlichen Parteien dahinter standen, unterstützt nunmehr nur noch die SVP den Ausbau der Volksrechte zur Disziplinierung des Bundeshaushalts.*
- *In der Sommersession 2008 behandeln die Räte die Staatsrechnung. Aufgrund der guten Konjunkturlage gestaltet sich der Abschluss mit plus 4,1 Milliarden Franken positiv. Die SVP ist die einzige Partei, welche auf die kommenden ausserordentlichen Verpflichtungen in der Höhe von rund 20 Milliarden hinweist, welche die Einhaltung der längerfristigen Zielvorgaben des Bundes gefährden.*
- *Der Ständerat befasst sich in der Sommersession 2008 mit der zukünftigen Entwicklung der Eisenbahngrossprojekte (ZEB) und stockt die Vorlage gegen den Widerstand der SVP noch einmal um 200 Millionen Franken auf insgesamt 5,4 Milliarden Franken auf, obwohl die Kosten bei der NEAT weiterhin aus dem Ruder laufen und schon heute absehbar ist, dass auch der ZEB-Kredit nicht ausreichen wird. In der Herbstsession 2008 folgt der Nationalrat einmal mehr der erfolglosen Verlagerungspolitik von Verkehrsminister Leuenberger und bewilligt 1,8 Milliarden Franken an neuen Subventionen für die Verkehrsverlagerung, obwohl bereits jetzt klar ist, dass das Mengenziel von 650'000 Fahrzeugen niemals erreicht werden kann. Obendrein bereitet der Nationalrat noch das Terrain für die EU-Alpentransitbörse vor. Ebenfalls gegen den Wil-*

len der SVP entscheidet der Nationalrat, den FinöV-Gesamtkredit aufzustocken, vorerst in einer Grössenordnung von einer zusätzlichen Milliarde, obwohl auch hier offensichtlich ist, dass diese niemals ausreichen wird, um die riesigen Milliardenlöcher zu stopfen.

- Ende 2008 ist ein Einnahmenüberschuss von 1,4 Milliarden Franken für den Voranschlag 2009 geplant. Aufgrund der Wirtschaftskrise werden aber massive neue Ausgaben im Bereich der Gebäudesanierung und des Hochwasserschutzes bewilligt. Zugleich wird auf die Kreditsperre verzichtet. So resultiert am Schluss ein Überschuss von 948 Millionen Franken für den Voranschlag 2009. Aufgrund der Finanzkrise verabschieden beide Räte eine Vorlage zur Erhöhung des Einlegerschutzes auf 100'000 Franken. Die Vorlage ist bis Ende 2010 befristet.
- In der Frühjahrsession 2009 genehmigen die Räte gegen den Willen der SVP einen Nachtrag 1a zum Budget 2009 im Umfang von 700 Millionen Franken zur Stützung der Konjunktur.
- Beide Kammern verabschieden in der Sommersession 2009 die Staatsrechnung 2008, den Nachtrag 1b zum Voranschlag 2009 sowie sämtliche Sonderrechnungen zur Staatsrechnung grossmehrheitlich. Die SVP-Fraktion spricht sich im Nationalrat gegen die Staatsrechnung aus, da trotz äusserst guter Konjunktur neue Schulden gemacht werden. Ausserdem lehnt die SVP den Nachtrag 1b ab, da darin vor allem für die verfehlte Asylpolitik von Bundesrätin Widmer-Schlumpf neue Mittel eingestellt werden müssen.
- Der Ständerat heisst in der Sommersession 2009 einen 10 Milliarden Dollar-Kredit an den IWF gegen den Widerstand der SVP-Vertreter gut. Diese kritisieren, dass damit vorschnell auf den Druck der G20 reagiert werde, ohne dass hierfür Gegenleistungen an die Schweiz erfolgen.
- Nachdem der Ständerat in der Herbstsession 2009 das III. Konjunkturprogramm diskussionslos beriet, trat der Nationalrat gegen den Widerstand der SVP nur knapp auf dieses ein. Das Prestigeprojekt von Bundesrätin Leuthard wurde schliesslich dennoch in einer leicht reduzierten Form in der Höhe von 330 Millionen Franken verabschiedet. Damit wird viel Geld für weitestgehend wirkungslose Konjunkturmassnahmen bewilligt, obwohl bereits klar ist, dass der Bundeshaushalt wieder aus dem Ruder zu laufen droht und schon im Jahr 2010 ein Entlastungsprogramm nötig wird.
- In der Wintersession 2009 beschloss der Ständerat, die Fraktionsbeiträge, entgegen dem ursprünglichen Willen des Büros des Nationalrates, nicht um 916'800 Franken zu erhöhen, sondern sogar um 2'587'800 Franken. Auch der Nationalrat folgte diesem Beschluss. Die SVP war die einzige Fraktion, welche sich gegen die Erhöhung der Fraktionsbeiträge wehrte.
- Bei der Beratung des Voranschlages 2010 unterlag die SVP mit ihrem Rückweisungsantrag, welcher vorzeitige Kürzungen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken vornehmen wollte. Ebenfalls wurden zahlreiche detaillierte Kürzungsanträge der SVP abgelehnt.

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4240 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Vorruhestandsregelungen des Bundespersonals
- 09.4173 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Aufgabenverzichtsplanning
- 09.3675 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Willkür bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Massnahmen des Bundesrates
- 09.3248 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Einhaltung des Regimes der Schuldenbremse.
- 08.3858 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Finanzplan 2011-2013. Aufgabenüberprüfung
- 08.3647 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verbot sequenzieller Korruption
- 08.3629 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verhinderung von Abgangsentschädigungen für Bundesangestellte
- 08.3084 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: SBB-Verwaltungsrat. Sofortige Neuwahl und Besetzung mit kompetenten Personen
- 08.3080 Postulat der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: SBB Cargo. Steigerung der Rentabilität
- 08.3019 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Massive Verluste bei SBB Cargo. Weiteres Vorgehen
- 08.470 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Erhöhung der Währungsreserven der Schweizerischen Nationalbank
- 08.405 : Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: SBB Cargo. Einsetzung einer PUK zur Abklärung der politischen Verantwortung

## Das haben wir versprochen:

### 1.4

**Die SVP-Fraktion lehnt jeglichen weiteren Sozialausbau ab.** Die unfinanzierte Flexibilisierung des Rentenalters, Vorruhestandleistungen oder garantierte Mindesteinkommen kommen für die SVP nicht in Frage. Die Sozialwerke sind primär ausgabenseitig zu sanieren (IV, ALV). Sozialleistungen sind zur Stärkung der Bedürftigen da und nicht zur Schaffung einer staatlichen Abhängigkeit von Arbeitsscheuen.

## Das haben wir erreicht:

**Der Sanierungsbedarf der Sozialwerke wird immer akuter. Die SVP plädiert als einzige Partei für konsequente, ausgabenseitige Sanierungsschritte. Die anderen Parteien wollen mehr Geld für die Sozialwerke, ohne die Missstände anzugehen. Sie werden dabei in verschiedenen Fällen auch von den Wirtschaftsverbänden unterstützt. Bei der AHV konnte die SVP bisher – zumindest im Nationalrat – einen Sozialausbau verhindern. Ebenfalls bei der Arbeitslosenversicherung. Dank der SVP ist die Bekämpfung von Missbräuchen im Bereich der Sozialwerke zum Thema geworden und wird heute mindestens teilweise auch von den Behörden angegangen.**

- *In der Frühjahrssession 2008 finden im Rahmen der Behandlung der 11. AHV-Revision im Nationalrat sämtliche Vorschläge der SVP eine Mehrheit. Ein Sozialausbau kann verhindert werden. In der Sommersession 2009 beschliesst der Ständerat gegen den Willen der SVP dann doch noch einen Sozialausbau in der AHV, indem der Rentenvorbezug mit 400 Millionen erleichtert werden soll.*
- *Das Parlament verabschiedet mit Unterstützung der SVP die notwendige Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge von 6,8 auf 6,4 Prozent in der Wintersession 2008.*
- *In der Sommersession weist der Nationalrat die UVG-Revision auf Antrag der SVP an die Kommission zurück, weil eine Verabschiedung in der Kommissionsversion einen massiven Tätigkeitsausbau der SUVA zur Folge gehabt hätte.*
- *Am 30. November 2008 lehnt das Schweizer Stimmvolk im Sinne der SVP die Gewerkschaftsinitiative für ein flexibles Rentenalter ab.*
- *Der Nationalrat überweist in der Wintersession 2009 eine Motion von Ständerat Hannes Germann zur Stärkung des Wettbewerbs auf dem IV-Hilfsmittelmarkt.*
- *In der Wintersession 2009 gelingt es der SVP in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien zusätzliche ausgabenseitige Sanierungsvorschläge sowie eine Mindererhöhung der Lohnprozente von rund 200 Millionen Franken bei der Revision der Arbeitslosenversicherung im Nationalrat durchzubringen.*

## Dafür haben wir gekämpft:

- *Entgegen dem Willen der SVP heisst der Nationalrat eine Änderung des Familienzulagengesetzes zur Einführung von Familienzulagen für Selbständigerwerbende gut. Damit wird der Sozialstaat einmal mehr auf Kosten der Arbeitgeber ausgebaut.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4273 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konsequenzen des immigrationsbedingten Bevölkerungswachstums für Sozialwerke
- 09.3682 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Vermögensvernichtung im Ausgleichsfonds der AHV.
- 09.3406 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kostenpflicht der Verfahren vor den kantonalen Versicherungsgerichten
- 09.3405 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Streichung wegen somatoformer Schmerzstörung gesprochener IV-Renten
- 09.3257 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sanierung der Invalidenversicherung. Alternatives Konzept
- 09.3247 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Anhaltende Anlageprobleme der Pensionskassen und anderer Sozialversicherungen
- 08.475 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kein weiterer Verzehr von AHV-Renten durch die Missstände in der Invalidenversicherung

**Positionspapiere:**

- Leitlinien der SVP-Fraktion für die Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik für die Legislaturperiode 2007 – 2011 „Sozialpolitik der SVP Schweiz“ vom 17. Oktober 2008.
- Positionspapier der SVP Schweiz zur strukturellen Sanierung der Invalidenversicherung „Die 6. IV-Revision hat die IV zu sanieren!“ vom 29. September 2009.

## Das haben wir versprochen:

### 1.5

**Die SVP-Fraktion will die Krankenkassenprämien senken.** Die SVP-Fraktion unterstützt die wettbewerbsorientierte Prämiensenkungsinitiative der SVP, welche zu höherer Versorgungsqualität bei tieferen Krankenkassenprämien führt.

## Das haben wir erreicht:

**Die SVP hatte in der vergangenen Legislatur mit einer Prämiensenkungsinitiative die Kostenexplosion im Visier. Die Initiative wurde zugunsten eines Gegenvorschlags (Gesundheitsartikel) zurückgezogen. Dieser wurde von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern abgelehnt. Die SVP kämpft auch in der laufenden Legislatur an vorderster Front gegen die explodierenden Krankenkassenprämien. So hat sie die Einfrierung der Krankenkassenprämien bei gleichzeitigem Übergang zur Vertragsfreiheit gefordert und erreicht, dass die Prämienverbilligungen nicht weiter ausgebaut werden.**

- *In der Wintersession 2007 heisst das Parlament trotz anfänglichem Widerstand der Mitteparteien – aber aufgrund der angekündigten SVP-Opposition wohl den Widerstand fürchtend – einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung gut. Damit hat das Parlament wichtige SVP-Forderungen in der Gesundheitspolitik erfüllt, was einen Rückzug der Volksinitiative ermöglichte. Am 1. Juni 2008 lehnt das Schweizer Stimmvolk den von der SVP unterstützten Gegenvorschlag zur Prämiensenkungsinitiative ab.*
- *Der Nationalrat berät in der Herbstsession 2009 als Erstrat über die dringlichen Massnahmen zur Kostensenkung im KVG. Eingeführt werden mit Unterstützung der SVP ein differenzierter Selbstbehalt, ein obligatorischer Telefondienst sowie eine Mindestvertragsdauer von 3 Jahren bei der Wahl einer hohen Franchise. Verworfen wurden die Erhöhung der Prämienverbilligung um 200 Millionen Franken, die Einführung einer Praxisgebühr sowie die Aufhebung des Vertragszwanges. In der Wintersession 2009 spricht der Ständerat der Revision die Dringlichkeit wieder ab, was dazu führt, dass diese schliesslich scheitern oder zur Bedeutungslosigkeit abgeschwächt werden dürfte.*
- *In der Herbstsession 2009 behandelt der Nationalrat die Frage der ausstehenden Krankenkassenprämien nach Art. 64a KVG. Er überweist eine Kommissionsinitiative, welche durch einen Einzelantrag von Toni Bortoluzzi so ergänzt worden ist, dass säumige Prämienzahler, die ihren Verpflichtungen trotz Mahnung und Betreibung nicht nachkommen, auf einer Liste publiziert werden können, die Leistungserbringern, Kantonen und Gemeinden zugänglich ist. Der Ständerat folgt dem Nationalrat in der Wintersession 2009.*

## Dafür haben wir gekämpft:

- *In der Sommersession 2008 wird die Frage der Weiterführung des Zulassungsstopps für Allgemeinmediziner diskutiert. Der Nationalrat hatte eine Weiterführung in der Frühjahrsession mit Unterstützung der SVP abgelehnt, der Ständerat hielt daran fest. In der Differenzbereinigung einigt man sich auf eine erneute Weiterführung des Zulassungsstopps bis zum 31. Dezember 2009.*
- *Am 30. November 2008 wird das neue Betäubungsmittelgesetz gegen den Willen der SVP von der Bevölkerung gutgeheissen. Die Hanfinitiative wird hingegen klar abgelehnt.*
- *Am 17. Mai 2009 stimmt das Schweizervolk der Abgeltung der Komplementärmedizin über die Grundversicherung zu. Die SVP hat die Vorlage abgelehnt.*
- *Ein Fraktionsvorstoss der SVP zur Einfrierung der Krankenkassenprämien und zum Übergang zur Vertragsfreiheit wird in der Herbstsession 2009 abgelehnt.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4175 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Heilmittelbehörden der EU und der Schweiz
- 09.3674 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Einfrieren der Krankenkassenprämien und Übergang zur Vertragsfreiheit.
- 09.3673 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: OKP. Übergang zu einer Positivliste und Straffung des Leistungskataloges.

**Positionspapiere:**

- Stellungnahme der SVP-Fraktion zu den Vorschlägen des EDI zur dringlichen KVG-Revision vom 15. Mai 2009.

## Das haben wir versprochen:

### 1.6

**Die SVP-Fraktion kämpft für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen.** Hierzu zählen: Ein tieferes Steuerniveau, die Versorgung der Wirtschaft mit günstiger Energie basierend auf allen zur Verfügung stehenden Energieträgern (Wasser, Kernenergie, Erdöl, Erdgas, alternative Energieformen etc.), gute Verkehrsinfrastrukturen (inkl. Individualverkehr) ohne zusätzliche Lenkungsabgaben (insb. CO<sub>2</sub>-Abgabe) und Gebühren (z. B. Road-Pricing) sowie ein effizientes, auf Leistung und volkswirtschaftliches Wachstum ausgerichtetes Bildungssystem.

## Das haben wir erreicht:

**Die Rahmenbedingungen wurden in den letzten zwei Jahren von Bundesrat und Parlament tendenziell verschlechtert. So stieg die Belastung durch Steuern und Abgaben (MwSt, CO<sub>2</sub>-Abgabe, Tabaksteuer, Stromgebühren etc.). Hinzu kommen immer neue Regulierungen und administrative Hürden (z.B. im Umwelt- und Gesundheitsbereich). Die SVP hat hier Gegensteuer gegeben, steht aber regelmässig einer Mitte-Links-Koalition gegenüber, welche die Interessen der Wirtschaft hinten anstellt und die unternehmerische Freiheit mehr und mehr einschränkt. Dank des Drucks der SVP mussten Bundesrat und Parlament im Zusammenhang mit der Finanzkrise Massnahmen gegen die Systemrisiken des Finanzplatzes ergreifen.**

- *In der Sondersession 2008 beschliesst der Ständerat im Sinne der SVP, das Road-Pricing aus der Legislaturplanung zu streichen.*
- *Der Nationalrat lehnt in der Sommersession 2008 eine Kommissionsmotion der UREK-NR zur Einführung von Partikelfiltern für Dieselmotoren ab, was einem Erfolg der SVP gleichkommt.*
- *Der Nationalrat führt in der Herbstsession 2008 auf Antrag der SVP eine dringliche Debatte zu den Strompreiserhöhungen durch. Weil die Strommarktliberalisierung vom Departement Leuenberger systematisch unterlaufen und von Umweltkreisen mit zahlreichen Abgaben angereichert wurde, müssen die Stromkonsumenten nun die Zeche bezahlen. Auch in der Wintersession 2008 ist die Strompreiserhöhung ein erneutes Thema. Beide Räte verabschiedeten Vorstösse zur Dämpfung der Strompreiserhöhungen.*
- *In der Wintersession 2008 heisst das Parlament mit Unterstützung der SVP aus volkswirtschaftlichen Gesamtüberlegungen einen Kredit für eine Pflichtwandelanleihe in der Höhe von 6 Milliarden Franken an die UBS gut.*
- *Die Räte lehnen in der Sommersession 2009 die schädliche GSoA-Initiative gegen Kriegsmaterialexporte mit Unterstützung der SVP ab.*
- *In der Sondersession 2009 lehnt der Nationalrat gemäss dem Willen der Mehrheit der SVP eine Einschränkung des Bauhandwerkerpfandes ab. Die Eidgenössischen Räte hielten in der Wintersession 2009 an diesem Entscheid fest.*
- *In der Sommersession 2009 tritt der Nationalrat, wie von der SVP gefordert, nicht auf die Mietrechtsrevision ein.*
- *Der Nationalrat lehnt in der Sommersession 2009 zwei Volksinitiativen von Franz Weber gegen den Bau von Zweitwohnungen und gegen umweltbelastende Grossanlagen ohne Gegenvorschlag im Sinne der SVP ab.*

- *In der Sommersession 2009 stimmen die Eidgenössischen Räte einer Motion der SVP zur Verhinderung von untragbaren Risiken für die Schweizerische Volkswirtschaft, welche durch den Konkurs von Schweizer Grossunternehmen entstehen können, zu.*
- *In der Sommersession 2009 verabschiedet das Parlament mit Unterstützung der SVP eine Vereinfachung des Mehrwertsteuergesetzes.*
- *In der Wintersession 2009 obsiegt ein SVP-Antrag im Ständerat, welcher das Rechnungslegungsrecht wirtschaftsfreundlicher ausgestaltet und die Umsatzgrenze anhebt.*
- *In der Wintersession 2009 trat der Nationalrat gemäss dem Willen der SVP nicht auf die Alpenkonvention ein.*

#### **Dafür haben wir gekämpft:**

- *Der Nationalrat folgt in der Sommersession 2008 dem energiepolitischen Programm des Bundesrates und stimmt gegen den Willen der SVP zusätzlichen Vorschriften zur Steigerung der Energieeffizienz sowie Energieetiketten für Gebäude und Geräte zu.*
- *In der Herbstsession 2008 wird eine Motion von Adrian Amstutz abgelehnt, welche verlangte, dass Lastwagen bei der LSVa mindestens zehn Jahre in der abgabegünstigsten Kategorie bleiben.*
- *In der Sondersession 2009 stimmt der Nationalrat gegen den Widerstand der SVP einem Antrag der BDP zu, welcher die Restwassermenge in Gewässern erhöhen und damit die Stromproduktion erschweren möchte.*
- *In der Sommersession 2009 berät der Ständerat als Erstrat über das Aktienrecht. Wichtige Elemente werden dabei gegen den Willen der SVP aufgeweicht. So wird mittels eines Nominiee-Modells das Depotstimmrecht wieder eingeführt und auf die jährliche Wiederwahl der Verwaltungsräte wird verzichtet.*
- *In der Herbstsession 2009 werden zwei Vorstösse der SVP-Fraktion und von Ständerat Hannes Germann gegen die Verdreifachung der CO<sub>2</sub>-Abgabe abgelehnt.*
- *In der Wintersession 2009 kämpft die SVP vergeblich dagegen, dass die Strompreise durch die Erhöhung der Wasserzinsen um 150 Millionen Franken und die Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) um 175 Millionen Franken pro Jahr steigen.*
- *In der Wintersession verlängerte der Ständerat als Erstrat entgegen dem Willen der SVP das Moratorium für gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen in der Landwirtschaft bis 2013.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4178 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Gestaltung des Experten-Auftrages hinsichtlich der Untersuchung des Bundesrates über die Mängel in der Finanzmarktaufsicht
- 09.3934 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Minderung der Systemrisiken des Finanzplatzes Schweiz
- 09.3254 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kyoto-Nachfolgeprotokoll. Nicht weiter gehen als internationale Verpflichtungen.
- 09.3253 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kyoto-Nachfolgeprotokoll. Keine Beteiligung der Schweiz ohne Einbezug sämtlicher Grosse mittener.
- 09.3252 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konjunkturmassnahmen zugunsten von Schweizer KMU.
- 08.3351 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stopp dem Steuerterror gegen die Mobilität des Landes.
- 09.3306 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sistierung der Revision des CO2-Gesetzes.
- 09.409 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Strassen- und Auto-steuern des Bundes
- 08.3775 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konzessionsentscheide des UVEK. Unbefriedigende Situation
- 08.3649 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verhinderung von untragbaren Risiken für die Schweizer Volkswirtschaft
- 08.3520 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Strommarkt. Rückkehr zum alten Regime
- 08.3168 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stopp dem Zahlungsschlendrian
- 09.480 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Keine Ausweitung der obligatorischen Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen des Bundes
- 08.469 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Lagerung der Goldreserven der Nationalbank in der Schweiz
- 08.404 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Schutz der Goldreserven im Interesse unseres Landes

**Positionspapiere:**

- Positionspapier der SVP zum Finanzplatz Schweiz „Finanzplatz stärken – Schweiz stärken!“ vom September 2008.
- Positionspapier der SVP Schweiz zur Wirtschaftssituation „Die aktuelle Finanzkrise – eine Chance für die Schweiz“ vom 23. Oktober 2008.
- Positionspapier der SVP „Für eine Klimapolitik mit Augenmass“ vom Februar 2009.
- Positionspapier der SVP zur Bewältigung der Krisen in der Schweiz „Bankenkrise und Bankkundengeheimniskrise vom 28. März 2009.
- Positionspapier der SVP zum Aktienrecht „Die SVP für wirksame Aufsicht über die Verwaltungsräte“ vom 26. Mai 2009.

## Das haben wir versprochen:

### 1.7

**Die SVP-Fraktion will das Privateigentum und die Vertragsfreiheit konsequent schützen.** Die SVP-Fraktion unterstützt das steuerbegünstigte Bausparen und lehnt die Einführung der regionalen oder internationalen Erschöpfung im Patentrecht ab. Die Rechte der Aktionäre als Eigentümer der Unternehmung sind zu stärken. Gleichzeitig sind die Steuern zu senken, denn die Erhebung jeder Steuer ist ein Eingriff in das private Eigentum.

## Das haben wir erreicht:

**Freiheits- und Eigentumsrechte werden immer stärker dem Zeitgeist geopfert. Die SVP hält beinahe als einzige politische Kraft die individuelle Freiheit und den Schutz des Eigentums hoch.**

- *Die SVP verhindert bei der von der FDP initiierten Vorlage zum Schutz der Passivraucher, dass fortan auf Bundesebene ein vollkommenes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, inkl. Restaurants gilt. Mit der in der Herbstsession 2008 verabschiedeten Vorlage bleiben Raucherbetriebe bis zu einer Fläche von 80 Quadratmetern möglich.*
- *Einen intensiven Schlagabtausch lieferten sich in der Herbstsession 2009 National- und Ständerat bei der Frage, ob im Rahmen des EU-Media-Programmes Alkoholwerbung zugelassen werden soll. In der Einigungskonferenz setzte sich schliesslich die SVP knapp mit 13:12 Stimmen durch. Damit ist neu Alkoholwerbung am Fernsehen zugelassen.*

## Dafür haben wir gekämpft:

- *Der Nationalrat hat sich in der Sommersession 2008 mit der Frage des Systementscheides im Patentrecht zu befassen. Entgegen anders lautenden Äusserungen der Mitteparteien, findet sich zunächst eine knappe Mehrheit im Nationalrat, welche mit der SVP an der nationalen Erschöpfung festhält. In der Herbstsession 2008 ist es insbesondere die CVP, welche eine Abkehr von der nationalen Erschöpfung im Patentrecht in die Wege leitet. In der Wintersession 2008 wird die Schwächung des Eigentums in der Schweiz endgültig besiegelt.*
- *Gegen den Widerstand der SVP-Mehrheit beschliesst der Nationalrat in der Sommersession 2009, die Buchpreisbindung wieder einzuführen. Der Ständerat folgte dieser Entscheidung in der Wintersession 2009.*

## **2. Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz, deren Volksrechte nicht durch „Völkerrecht“ weiter beschnitten werden**

Das haben wir versprochen:

### **2.1**

**Die SVP-Fraktion verlangt statt der Option EU-Beitritt den Rückzug des Beitrittsgesuchs.**

Ein Beitritt zur EU ist mit unserer direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Neutralität unvereinbar. Ausserdem würde ein EU-Beitritt unsere Wirtschaft schwächen und zu höheren Steuern führen. Anstelle eines EU-Beitritts ist der bilaterale Weg weiterzuverfolgen.

Das haben wir erreicht:

**Dank der SVP ist die Schweiz heute nicht in der EU und ein EU-Beitritt ist auch in der politischen Diskussion in den vergangenen Jahren in den Hintergrund gerückt. Der bilaterale Weg wurde als Ansatz für die Gestaltung der Beziehungen zur EU weiter verfolgt. Der Bundesrat will nun in der zweiten Hälfte der Legislatur einen EU-Beitritt wieder thematisieren. Die SVP ist weiterhin konsequent gegen einen EU-Beitritt. Ein zunehmendes Problem stellt die immer umfangreichere Übernahme von EU-Recht dar. Die SVP kämpft gegen die automatische Übernahme von EU-Erlassen ins schweizerische Recht (z.B. im Rahmen der Weiterentwicklung von Schengen).**

Dafür haben wir gekämpft:

- *In der Sondersession 2009 stimmt der Nationalrat gegen den Willen der SVP dem erleichterten polizeilichen Informationsaustausch mit Schengen-Staaten zu.*
- *Gegen den Willen der SVP wird am 10. Juni 2009 eine Standesinitiative des Kantons Schwyz zum Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs im Nationalrat abgelehnt.*
- *In der Herbstsession 2009 stimmt der Nationalrat trotz Widerstands der SVP zwei Weiterentwicklungen des Schengen-Rechts zu.*
- *In der Wintersession 2009 heisst der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP ein Postulat zur grundsätzlichen Überprüfung der EU-Politik gut und lehnt eine Initiative von Nationalrätin Yvette Estermann zur Hinfällig-Erklärung des EU-Beitrittsgesuchs ab.*
- *In der Wintersession 2009 verabschiedet der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP 111 Millionen Franken zur Teilnahme an den EU-Bildungsprogrammen. Der Nutzen dieses Kredits ist äusserst umstritten – der Verdacht, dass es vor allem um versteckte Kohäsionsbeiträge geht, kann nicht ausgeräumt werden.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.3884 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Strategie des Bundesrates für Verhandlungen mit anderen Staaten.
- 09.3751 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konzeptloses Vorgehen des Bundesrates in der Libyen-Affäre.
- 09.3672 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei. Kein Dringlichkeitsbedarf bei Schengen-Anpassungen.
- 09.3507 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Vergabe der Biometrie-Infrastruktur des neuen Passes. Neue Ausschreibung.
- 09.3404 Postulat der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Überprüfung der Mitgliedschaften in internationalen Organisationen
- 09.3403 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Mitgliedschaft der Schweiz in der OECD
- 09.3249 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Rahmenabkommen mit der EU zur Stärkung des Automatismus?
- 09.441 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Biometrische Pässe ohne Datenbank
- 09.440 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Keine zusätzlichen biometrischen Ausweise
- 08.3081 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen
- 08.3020 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Schluss mit dem Druck der EU auf unser Steuersystem!
- 08.467 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs
- 07.3780 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Wie weiter im Steuerstreit mit der EU?

**Das haben wir versprochen:**

## 2.2

**Die SVP-Fraktion lehnt die Aushebelung der Volksrechte durch „Völkerrecht“ ab.** Es ist eine Unsitte der Zeit, unbeliebte politische Positionen unter dem Vorwand von „zwingendem Völkerrecht“ ausschalten zu wollen. So wird das schweizerische Verfassungs- und Rechtssystem zunehmend ausgehöhlt. Bei der Übernahme von Völkerrecht ist der Übergang zum Dualismus ernsthaft zu prüfen.

**Das haben wir erreicht:**

**Es besteht eine immer grössere Tendenz, Völkerrecht zu übernehmen und unsere Volksrechte und die Souveränität aufzuweichen. Die SVP hob in der ersten Legislaturhälfte immer wieder den Mahnfinger, wenn entsprechende Vorlagen auf die politische Traktandenliste kamen. Die Schweiz rückt gegenüber dem Ausland zudem zunehmend von wichtigen Rechtsgrundsätzen wie der doppelten Strafbarkeit ab. Die SVP hat diese Tendenzen in der ersten Legislaturhälfte aufgedeckt und angeprangert. Eine wichtige Nagelprobe steht im Zusammenhang mit verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen an. Auf nationaler Ebene werden demokratische Entscheide immer stärker durch kantonale Konkordate ausgehebelt. Die SVP gibt hier als einzige Partei vehement Gegensteuer. Die SVP kämpft zudem für die Umsetzung von Volksentscheiden, z.B. der Minarett-Initiative.**

- *Der Nationalrat stimmte einer Parlamentarischen Initiative der SVP in der Herbstsession 2009 zu, welche die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Konkordaten verhindern möchte.*

**Dafür haben wir gekämpft:**

- *Der Nationalrat hat in der Frühjahrsession 2009 gegen den Willen der SVP eine parlamentarische Initiative für neue Kriterien zur Gültigkeit von Volksinitiativen angenommen und ein Kommissionspostulat zum Verhältnis zwischen Volksinitiativen und Völkerrecht überwiesen. Damit versucht die Classe politique einmal mehr, die Volksrechte der Bürger zu unterbinden und „Völkerrecht“ über die Demokratie zu stellen.*
- *In der Sommersession 2009 heisst der Ständerat das Strafbehördenorganisationsgesetz gut, welches die Beaufsichtigung des Bundesanwalts dem Parlament übertragen möchte. Der Nationalrat entscheidet in der Wintersession 2009 mit Hilfe der SVP, entgegen dem Willen der Kommission und des Bundesrates, die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft nicht an eine vom Parlament zu wählende Aufsichtsbehörde zu übertragen. Die Vorlage kommt nun in die Differenzbereinigung.*
- *Am 17. Mai 2009 stimmt das Schweizervolk der Einführung des biometrischen Passes zu. Die SVP war gegen die Vorlage.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4278 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Internationales Recht raubt die Handlungssouveränität der Schweiz
- 09.3676 Postulat der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Völkerrecht und Landesrecht. Systemwechsel vom Monismus zum Dualismus
- 09.3256 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Unkündbare völkerrechtliche Verträge
- 09.3036 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Umfassendes Abwehrdispositiv gegen Erpressungsversuche aus den USA und der EU
- 09.466 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Definition des zwingenden Völkerrechts
- 09.419 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verankerung der doppelten Strafbarkeit in der Verfassung
- 09.414 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Völkerrecht soll Landesrecht nicht brechen
- 08.463 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konkordate. Keine Aushöhlung der Kantonsautonomie durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung

## Das haben wir versprochen:

### 2.3

**Die SVP-Fraktion fordert eine fundierte Analyse der Auswirkungen des freien Personenverkehrs mit der EU.** Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit kommen jeden Monat Tausende von Zuwanderern in die Schweiz. Die SVP-Fraktion fordert im Hinblick auf die Volksabstimmung 2009 eine fundierte Analyse der Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt, Löhne und Sozialwerke (insb. IV, ALV und Fürsorge).

## Das haben wir erreicht:

**Die Bedenken der SVP gegenüber einer Ausweitung des freien Personenverkehrs bestätigen sich. Die Zuwanderung steigt unkontrolliert. In der Krise kehren arbeitslose Ausländer nicht in ihre Heimat zurück und belasten unsere Sozialwerke. Der Druck auf Massnahmen steigt.**

- *In der Frühjahrssession 2008 beschliesst der Nationalrat im Sinne der SVP die Vorlage zur Abschaffung der Lex Koller an den Bundesrat zurückzuweisen – insbesondere sollen eine Mindestwohnsitzdauer für Ausländer sowie Massnahmen betreffend Zweitwohnungsproblematik geprüft werden.*
- *Am 11. Dezember 2009 verlangt die SVP-Fraktion mit der Unterschrift sämtlicher in der Wintersession 2009 anwesenden 59 Fraktionsmitglieder die Einberufung einer ausserordentlichen Session zur unkontrollierbar gewordenen Zuwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit, der steigenden Ausländer- und Asylzahlen sowie die Folgen daraus für die Staatsfinanzen, die Sozialwerke, die Sozialhilfe, die öffentliche Infrastruktur, das Wohnungswesen, die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung sowie die öffentliche Sicherheit.*

## Dafür haben wir gekämpft:

- *Im Sommer 2008 beschliesst das Parlament, die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sowie deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien zu einem undemokratischen „Päckli“ zusammenzuschnüren. Damit wird dem Volk, entgegen früheren Versprechungen, keine Möglichkeit gewährt, getrennt über die Ausdehnung und die Weiterführung der Personenfreizügigkeit zu befinden.*
- *Am 8. Februar 2009 stimmt das Schweizer Stimmvolk der verknüpften Personenfreizügigkeitsvorlage gegen den Willen der SVP zu.*
- *Der Nationalrat spricht sich in der Herbstsession 2009 gegen den Widerstand der SVP klar für die Ausrichtung der Osthilfe an Bulgarien und Rumänien aus.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4280 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Massnahmen gegen die steigende Anzahl Grenzgänger
- 09.4275 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Befristung der Aufenthaltsbewilligung für arbeitslose EU-Bürger auf 1 Jahr
- 09.4274 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Szenarien und Möglichkeiten zur Personenfreizügigkeit
- 09.4272 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kontroll- und Regulierungsmechanismen gegen das unkontrollierte Bevölkerungswachstum
- 09.4271 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kosten der unkontrollierten Zuwanderung
- 09.4024 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Neuverhandlungen mit der EU
- 09.3997 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Aufenthaltsbewilligung für vorbestrafte Illegale?
- 09.3996 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Unkontrollierte Zuwanderungspolitik zum Arbeitsmarkt hat versagt
- 09.3478 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Die Nichtanwendung der Ventilklausele führt zu ernsthaften Problemen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Sozialwerken.
- 09.3251 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Bilaterale Verträge in Krisenzeiten
- 09.3250 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Transparenz über die Staatspropaganda zur Personenfreizügigkeit
- 08.3631 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stopp der Unterwanderung der direkten Demokratie
- 08.3096 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Erklärung der EU zur Schweizer Souveränität bis zur Behandlung der Personenfreizügigkeit im Zweitrat

Das haben wir versprochen:

## 2.4

**Die SVP-Fraktion lehnt ein Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft mit der EU sowie weitere Konzessionen der Landwirtschaft im Rahmen der WTO ab.** Ein Freihandelsabkommen mit der EU würde für die Landwirtschaft einen Einkommensverlust von 1.5 Milliarden Franken, das heisst eine markante Beschleunigung des Strukturwandels und die Aufgabe der Ernährungssouveränität, bedeuten.

Das haben wir erreicht:

**Unter Federführung von Bundesrätin Leuthard möchte der Bundesrat ein Agrarfreihandelsabkommen mit Europa, obwohl die EU hier keine entsprechenden Forderungen stellt. Die SVP kämpft für die Interessen einer einheimischen, produzierenden Landwirtschaft und bekämpft einen grenzenlosen Freihandel im Landwirtschaftsbereich. Die erfolgreiche Bauernkundgebung von Sempach hat gezeigt, dass die Landwirtschaft hinter den Forderungen der SVP steht. Dank der SVP muss die Schweizer Delegation im Rahmen der WTO-Doha-Runde die Interessen der Landwirtschaft vertreten. Bundesrat und Parlament beschliessen auf Druck der SVP Massnahmen zur Stabilisierung des Milchmarktes.**

- *Bei der Beratung der Legislaturplanung setzt sich in der Sommersession 2008 ein SVP-Antrag durch, wonach die Doha-Runde nicht zu einer Schwächung der inländischen Landwirtschaft führen darf und dass eine weitere Reduktion des landwirtschaftlichen Einkommens und des Selbstversorgungsgrades zu verhindern ist.*
- *Am Donnerstag 12. Juni 2008 hält der Nationalrat eine dringliche Debatte über die Frage der Ernährungssicherheit und der Rohstoffpreise ab. Die SVP hat hierzu eine dringliche Interpellation sowie vier Motionen eingereicht, welche die Bevölkerung im Bereich der horrenden Treibstoffpreise entlasten soll.*
- *In der Sommersession 2009 erleidet Bundesrätin Leuthard im Nationalrat Schiffbruch mit ihrer Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve für die Landwirtschaft, welche die Auswirkungen des EU-Agrarfreihandels abfedern soll – also eine Art Sterbepremie für Bauern. Der Nationalrat beschliesst unter Federführung der SVP Nichteintreten auf die Vorlage.*
- *Am 29. August 2009 protestieren über 10'000 Bäuerinnen und Bauern an einer von der SVP und bäuerlichen Organisationen initiierten Kundgebung in Sempach für einen Systemwechsel im Milchmarkt und gegen ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Auf diesen Druck hin diskutieren und beschliessen Volkswirtschaftsdepartement und Verbände Massnahmen im Milchmarkt.*
- *Am 3. Dezember 2009 wurde im Nationalrat eine von der SVP verlangte ausserordentliche Session über die Landwirtschaft durchgeführt. Drei SVP-Vorstösse zum Abbruch des Agrarfreihandels mit der EU, zur schrittweisen Verhandlung und sowie zur Ausklammerung der Landwirtschaft aus der WTO wurden knapp abgelehnt. Bundesrätin Leuthard erklärte sich jedoch aufgrund des Drucks bereit, die Milchmengensteuerung allgemeinverbindlich zu erklären. Damit konnte ein wichtiger Schritt für die produzierenden Milchbauern gemacht werden. Es wurden ausserdem einige SVP-Vorstösse zu Gunsten der produzierenden Landwirtschaft überwiesen.*

### **Dafür haben wir gekämpft:**

- *Der Nationalrat stimmt dem Cassis-de-Dijon-Prinzip gegen den Willen der SVP in der Sondersession 2009 zu. Ebenso der Ständerat in der Sommersession 2009. Für ein Referendum kommen nicht genügend Unterschriften zusammen.*

### **Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.3888 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sofortiger Abbruch der Verhandlungen über Agrarfreihandel mit der EU.
- 09.3750 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stopp dem Bauernsterben und dem Preiszerfall am Milchmarkt.
- 09.3245 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Käsefreihandel mit der EU und Aufhebung der Milchkontingente
- 08.3857 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Freihandelsabkommen im Agrarbereich

### **Positionspapiere:**

- Bauernaufstand Sempach „Resolution an den Bundesrat“ vom 29. August 2009.

## Das haben wir versprochen:

### 2.5

**Die SVP-Fraktion steht zum Steuerwettbewerb und zum Bankkundengeheimnis.** Nur der internationale und interkantonale Steuerwettbewerb garantieren eine tiefe Steuerbelastung. Daher sind alle Harmonisierungsbestrebungen durch den EU-Steuervogt abzulehnen. Das Bankkundengeheimnis ist zu erhalten.

## Das haben wir erreicht:

**Das Bankkundengeheimnis wurde durch den Bundesrat für im Ausland wohnhafte Personen faktisch aufgegeben. Die SVP kämpft praktisch noch als einzige Kraft für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses und damit für die Wahrung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund unterstützt die SVP die Volksinitiative zur Wahrung des Bankkundengeheimnisses. Im Rahmen der neuen Doppelbesteuerungsabkommen kämpft die SVP für den Erhalt des Prinzips der doppelten Strafbarkeit. Dank dem Druck der SVP konnte bisher eine Aufweichung des Bankkundengeheimnisses im Inland verhindert werden und der interkantonale Steuerwettbewerb bleibt bisher weitgehend unangetastet.**

- *Am 20. März 2008 führt der Nationalrat auf Antrag der SVP eine dringliche Debatte zur Frage des EU-Drucks auf das Schweizer Steuersystem, zur Finanzkrise und zur Stärkung des Bankkundengeheimnisses durch.*
- *Im Zusammenhang mit der Herausgabe von Bankkundendaten an die USA im Frühjahr 2009 prangert die SVP das rechtswidrige Vorgehen des Bundesrates an. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen der Schweiz und den USA verhindert dieser Druck weitere, rechtswidrige Verstösse gegen das Bankkundengeheimnis.*

### Vorstösse der SVP-Fraktion:

- 08.3021 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Was unternimmt der Bundesrat, um das Bankkundengeheimnis zu stärken?
- 09.3402 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Steueramnestie und weitere Massnahmen als Teil der Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes
- 09.3401 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Souveränität bewahren statt um weisse Listen buhlen
- 09.3035 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Bundesrat untergräbt durch Aushöhlung des Bankkundengeheimnisses die Rechtssicherheit der Schweiz
- 08.3859 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Finanzmarktkrise. Rolle der Aufsichtsbehörden
- 08.3355 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Anwendung des OECD-Doppelbesteuerungsabkommens
- 08.3095 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verschärfung der Strafbestimmungen bei Verletzung des Bankgeheimnisses
- 08.3021 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Was unternimmt der Bundesrat, um das Bankkundengeheimnis zu stärken?

### Positionspapiere:

- Positionspapier der SVP zur Bewältigung der Krisen in der Schweiz „Bankenkrise und Bankkundengeheimniskrise vom 28. März 2009.

## Das haben wir versprochen:

### 2.6

**Die SVP-Fraktion steht zur immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität.** Die Schweiz hat die Vorteile eines neutralen Kleinstaates konsequent zu nutzen. Bewaffnete Auslandseinsätze der Schweizer Armee und die Aushöhlung des Milizsystems lehnt die SVP-Fraktion ab. Ebenso wendet sie sich gegen die verfehlte Neudefinition der Neutralität als „aktive Neutralität“.

## Das haben wir erreicht:

**Insbesondere das Aussendepartement und seine Vorsteherin wollen die Neutralität abschaffen und die Schweiz internationalen Bündnissen und Militäroperationen anschliessen. Die SVP kämpfte bisher mit Erfolg für die Aufrechterhaltung der Neutralität, welche in der Bevölkerung breit abgestützt ist. So konnten die Festschreibung von Ausland-WKs im Gesetz sowie ein Somalia-Einsatz der Armee verhindert werden.**

- *Die SVP setzt sich in der Sommersession 2008 bei der Beratung des Militärgesetzes in fast allen wichtigen Punkten durch. So können die obligatorischen Ausland-WKs sowie die Verpflichtung von Berufsmilitärs zu Auslandeinsätzen verhindert werden. Ausserdem wird verhindert, dass der Bundesrat vereinfacht Truppen einsetzen kann, ohne das Parlament zu konsultieren. In der Sommersession 2009 lehnte der Nationalrat das Militärgesetz definitiv ab. Damit sind die Ausland-WKs der Schweizer Soldaten vom Tisch.*
- *Ein wichtiger Schwerpunkt der Herbstsession 2008 war die Ausrichtung und der Auftrag der Schweizer Armee. Seit Jahren herrschte im Verteidigungsdepartment ein Führungsmangel. Immer grössere Probleme und Versäumnisse traten zutage. Das Rüstungsprogramm wird im Nationalrat mit Hilfe der SVP abgelehnt, nachdem es die Ratsmehrheit entgegen den Anträgen der SVP nicht für notwendig erachtete, eine generelle Auslegeordnung über die Probleme und Missstände (Führung, Material, Personal, Ausbildung, Einsatzfähigkeit) in der Armee zu erstellen, bevor neue Mittel gesprochen werden. In der Wintersession 2008 stimmt die SVP dem Rüstungsprogramm zu, weil das VBS in der Zwischenzeit die geforderten, ersten Fakten über die massiven Missstände in der Armee aufgearbeitet hat.*
- *Hauptgeschäft der Herbstsession 2009 war die Frage, ob sich die Schweizer Armee an einer internationalen Polizeiaktion zur Verhinderung von Piratenüberfällen auf Schiffen am Horn von Afrika und im Golf von Aden (zwischen Somalia und Jemen) teilnehmen soll. Der Bundesrat wollte, dass die Schweiz an dieser von der EU angeführten Operation Atalanta mit 30 Armeemitgliedern teilnimmt. Die SVP setzte sich mit allen Mitteln gegen diesen von der Aussenministerin vorangetriebenen Auslandeinsatz der Armee ein und obsiegte, da der Nationalrat zweimal nicht auf die Vorlage eintrat. Dieses Resultat ist auch ein wichtiger Erfolg für die Stärkung der Schweizer Neutralität.*
- *Die SVP-Fraktion fordert in der Wintersession 2009 mit verschiedenen Vorstössen Konzeptionsvarianten zur Landesverteidigung unter Berücksichtigung des bestehenden finanziellen Rahmens sowie Sofortmassnahmen zur Mängelbehebung bei der Armee.*

### **Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4177 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konzeptionsvarianten zur Landesverteidigung der Schweiz
- 09.4174 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sofortmassnahmen zur Mängelbehebung in VBS und Armee
- 09.3998 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Die Schweizer Armee braucht eine neue Verteidigungskonzeption
- 09.3886 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Massnahmen gegen den Schwund der Truppenbestände.
- 09.3885 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Massnahmen gegen den Schwund der Truppenbestände
- 08.3868 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Formulierung des Armeeauftrages zur Landesverteidigung
- 08.3542 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Behebung der zahlreichen Missstände in der Schweizer Armee
- 08.3468 Dringliche Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Behebung der zahlreichen Missstände in der Schweizer Armee
- 08.3251 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Schweizerische Aussenpolitik auf Abwegen
- 08.3093 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verschwundene Armeewaffen. Massnahmenplan und Bericht
- 08.466 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Wiedereinführung des Generalstabschefs und Abschaffung des Chefs der Armee
- 07.3781 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Förderung der verantwortungsvollen Pflichtausübung statt Beschneidung der Bürgerrechte

### **Positionspapiere:**

- Hintergrundpapier der SVP zu den im VBS herrschenden Missständen verbunden mit der Forderung nach einer parlamentarischen Gesamtüberprüfung der Führung des VBS „Das VBS – ein Sanierungsfall!“ vom 8. August 2008.
- Überlegungen zur strategischen Lage „Die Schweiz in der Welt von heute“ vom Oktober 2008.
- Positionspapier der SVP Schweiz zur Ausbildung in der Schweizer Armee „Das Ziel heisst „Kriegsgenügen““ vom Februar 2009.
- Positionspapier der SVP Schweiz zu den Führungsproblemen in der Schweizer Armee „Ohne ernstfallorientierte Führung keine ernstfall-taugliche Armee“ vom April 2009.

**Das haben wir versprochen:**

## **2.7**

**Die SVP-Fraktion lehnt eine weitere Annäherung an die NATO und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP ab.** Bereits heute engagiert sich die Schweiz zu sehr in sicherheitspolitischen Gremien, was mit der Neutralität kaum mehr vereinbar ist. Das bestehende Engagement muss reduziert werden. Auf eine Annäherung an die NATO und die ESVP sowie auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist zu verzichten.

**Das haben wir erreicht:**

**Mit dem Einzug von Bundesrat Ueli Maurer in den Bundesrat und ins VBS nimmt der Drang der Schweizer Armee, sich ausländischen Bündnissen anzunähern, ab. Mit der Ablehnung des Militärgesetzes sowie dem Scheitern der Atalanta-Mission dürften neue internationale Einsätze der Schweizer Armee dank der SVP vorerst vom Tisch sein.**

**Vorstösse:**

- 08.464 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verzicht auf Auslandseinsätze der Schweizer Armee

**Positionspapiere:**

- Positionspapier „Der Armee-Auftrag“ vom Oktober 2008.

### 3. Schaffen von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen

Das haben wir versprochen:

#### 3.1

**Die SVP-Fraktion will Ausländer, die sich nicht an unsere Regeln und Werte halten, konsequent ausschaffen.** Die Schweiz gilt als offenes Land, welches viele Ausländer beherbergt und in den Arbeitsmarkt integriert. Wer unsere Gesetze und Werte achtet und nicht auf Kosten der Allgemeinheit lebt, ist willkommen. Ebenso ist die humanitäre Tradition der Schweiz fortzuführen. Tatsache ist aber, dass mehr als die Hälfte aller Straftaten durch Ausländer begangen werden. Wer aber kriminell ist, hat hier nichts verloren. Deshalb lancierte die SVP die Ausschaffungsinitiative.

Das haben wir erreicht:

**Über 211'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unterzeichneten die SVP-Ausschaffungsinitiative. Auf diesen Druck hin legt das EJPD einen Gegenvorschlag vor, der verschiedene Elemente der Initiative aufnimmt, allerdings in vielen Punkten zuwenig weit geht. Dennoch dürfte die Ausschaffung von kriminellen Ausländern endlich Realität werden. Das Stimmvolk wird gegen Ende dieser Legislatur oder zu Beginn der kommenden Legislatur über die SVP-Ausschaffungsinitiative abstimmen können.**

- *Am 15. Februar 2008 reicht die SVP mit über 211'000 Unterschriften die Volksinitiative zur Ausschaffung von kriminellen Ausländern ein. Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Gewalt- und Kriminalitätsprobleme mit Ausländern.*

Dafür haben wir gekämpft:

- *In der Wintersession 2009 weist der Ständerat gegen den Willen der SVP-Vertreter die Ausschaffungsinitiative an die Kommission zurück mit dem Auftrag, die Initiative vertieft auf die Völkerrechtskonformität sowie die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlages zu prüfen. Ziel der undemokratischen Übung war es, die Behandlung der Ausschaffungsinitiative im Rat zu verzögern, damit das Volk nicht vor den Wahlen 2011 über diese Volksinitiative abstimmen kann.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 08.3094 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Ausschaffung von Ausländern, die sich weigern, sich zu integrieren

**Das haben wir versprochen:**

### **3.2**

**Die SVP-Fraktion verlangt, dass Personen, welche hier leben, die geltenden Gesetze befolgen und die christlich-abendländischen Wertvorstellungen beachten.** Die Religionsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, um sich von Bürgerpflichten zu entheben (Schulunterricht, Militärdienst, Rechte der Frau, Verbot der Eheschliessung durch Stellvertreter und der Polygamie etc.).

**Das haben wir erreicht:**

**Dank der SVP wächst die Sensibilisierung im Zusammenhang mit den Problemen durch nicht integrierte Ausländer. Die SVP bekämpft jegliche Formen von Parallelgesellschaften, welche unser Rechtssystem missachten. Es gelang der SVP Scheinehen gesetzlich zu unterbinden und eine Aufweichung des Namensrechts zu stoppen. Ausserdem wurde die Minarett-Initiative angenommen.**

- *In der Sommersession 2009 hat das Parlament eine Änderung des Zivilgesetzbuches zur Unterbindung von Scheinehen gutgeheissen, welche auf einen Vorstoss von Nationalrat Toni Brunner zurückgeht.*
- *In der Frühjahrssession 2009 weist der Nationalrat das neue Namensrecht auf Antrag der SVP an die Rechtskommission zurück. Damit wird der vollkommenen Aufweichung des Namensrechts wirksam Gegensteuer gegeben.*
- *Am 29. November 2009 stimmen 57,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung sowie 19,5 der 23 Stände der Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten zu. Damit konnte die SVP ein wichtiges Zeichen setzen, damit unsere Regeln für alle gelten.*

**Positionspapiere:**

- Positionspapier der SVP „Für Integration und gegen rechtliche Parallelwelten“ vom 2. Mai 2009.

**Das haben wir versprochen:**

### 3.3

**Die SVP-Fraktion bekämpft den Asylmissbrauch.** Der illegale Aufenthalt an sich ist als Straftatbestand auszugestalten. Scheinehen sind zu bekämpfen.

**Das haben wir erreicht:**

**Seit der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher und mit der Übernahme des EJPD durch Bundesrätin Widmer-Schlumpf wachsen die Probleme im Asylwesen wieder. Pfannenfertig vorliegende Gesetzesvorschläge (z.B. für das Problem Eritrea) wurden verzögert, Gesuchszahlen (+50%) und unerledigte Pendenzen (+100%) nehmen zu. Die Kosten steigen wieder an. So wurde in diesem Jahr zum zweiten Mal ein Nachtragskredit für den Asylschlendrian gesprochen. Die SVP bleibt in diesem Thema präsent und bringt laufend Vorstösse und Vorschläge zur Lösung von Problemen im Asylwesen.**

**Dafür haben wir gekämpft:**

- *In der Sommersession 2009 lehnen beide Räte einen Rückweisungsstopp von abgewiesenen Asylbewerbern aus Sri Lanka ab.*
- *Die SVP lehnt in der Sommersession 2009 erfolglos den Nachtrag 1b zum Voranschlag 2009 ab, da dieser praktisch nur dazu da ist, um die Probleme im Asylbereich mit viel Geld zuzudecken. Gleiches geschieht mit einem weiteren Nachtragskredit in der Wintersession 2009.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4279 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Verkürzung der Asylverfahren
- 09.4276 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Rückweisung von minderjährigen Asylbewerbern nach Griechenland
- 09.3479 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: EU-Zahlen belegen: Schweiz ist Asyl-Eldorado von Europa
- 08.3774 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Laisser-faire im Asylvollzug
- 08.3630 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Schlendrian in der Asylpraxis
- 08.3353 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Wie weiter mit den Massenasylgewerben aus Eritrea?

**Positionspapiere:**

- Dokumentation zur Pressekonferenz „Bei Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität ist hart durchzugreifen“ vom 14. April 2009.

## Das haben wir versprochen

### 3.4

**Die SVP-Fraktion bekämpft die Umwandlung des Einbürgerungsentscheids in einen Verwaltungsakt.** Die Einbürgerung ist seit jeher ein demokratischer Entscheid, welcher nicht begründet werden kann. Darum unterstützt die SVP-Fraktion die Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen.

#### Das haben wir erreicht:

**Die SVP hält das Bürgerrecht hoch und bekämpft die Tendenz zu dessen Aufweichung und Abwertung. Die demokratische Bürgerrechtstradition wird immer mehr in Frage gestellt. Immerhin gibt es mit der Überweisung einzelner Vorstösse gewisse Lichtblicke.**

- *Der Nationalrat entscheidet in der Sommersession 2009 über verschiedene Vorstösse im Bereich der Einbürgerungen. Er lehnt eine Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion ab, welche die mündliche und schriftliche Beherrschung der vor Ort geltenden Landessprache fordert, überwies aber stillschweigend einen Gegenvorschlag, welcher die gute Kenntnisse der Landessprache sowie die Integration vor Ort voraussetzen. Ausserdem wird die Möglichkeit zur Nichtigerklärung einer Einbürgerung auf 8 Jahre ausgedehnt.*

#### Dafür haben wir gekämpft:

- *Am 1. Juni 2008 lehnt das Schweizer Stimmvolk die SVP-Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen ab. Die SVP verzichtet anschliessend auf das Referendum gegen die Pa. Iv. Pfisterer (indirekter Gegenvorschlag).*
- *In der Herbstsession 2008 wird ein SVP-Vorstoss zur Einführung der Einbürgerung auf Probe im Nationalrat abgelehnt.*

#### Vorstösse der SVP-Fraktion:

- 09.4277 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Hohe Einbürgerungsrate in der Schweiz
- 08.3632 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Familien als Ganzes einbürgern
- 08.3354 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Was unternimmt der Bundesrat gegen weitere Masseneinbürgerungen?
- 08.468 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Keine Einbürgerung ohne gute mündliche und schriftliche Sprachkenntnisse
- 08.409 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Ausbürgerung von kriminellen Eingebürgerten

#### Positionspapiere:

- Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei zur Erteilung des Schweizer Bürgerrechts „Schweizer Qualität auch bei Einbürgerungen“ vom Juli 2008.

**Das haben wir versprochen:**

### 3.5

**Die SVP-Fraktion fordert, dass Ausländer, welche die Sozialwerke missbrauchen, das Land verlassen müssen.** Die massive Übervertretung von Ausländern in den Sozialwerken und der Fürsorge kann nicht durch objektive Faktoren erklärt werden. Es ist dringend Transparenz über die Bezügnationalitäten zu schaffen.

**Das haben wir erreicht:**

**Das Thema Sozialmissbrauch ist dank der SVP ins Bewusstsein der Bevölkerung und der Politik gerückt, nachdem Missstände jahrelang verschwiegen und bagatellisiert wurden. Die SVP hat gezielt Vorstösse eingereicht, um diesen Missständen zu entgegnen. Massnahmen gegen den Missbrauch der Sozialwerke wurden Gegenstand von Revisionspaketen im Bereich der Sozialwerke, insbesondere der IV.**

- *Die Bekämpfung des IV-Missbrauchs ist heute dank der SVP unbestritten, auch wenn es mit der Umsetzung noch hapert. So enthalten insbesondere die Revisionspakete im Bereich der IV in der laufenden Legislatur dank des Drucks der SVP Elemente für die Missbrauchsbekämpfung.*

**Dafür haben wir gekämpft:**

- *In der Herbstsession 2008 wird ein SVP-Vorstoss zur Verhinderung der Einbürgerung von IV-Fällen und Sozialhilfebezügnern im Nationalrat abgelehnt.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.3887 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei Aufkündigung von Sozialversicherungsabkommen mit Balkanstaaten und der Türkei
- 09.3749 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Transparenz über Missstände in der Invalidenversicherung
- 09.489 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Kaufkraftbereinigung beim Auslandexport von IV-Renten.

**Das haben wir versprochen:**

### 3.6

**Die SVP-Fraktion fordert ein schärferes Vorgehen gegen Jugendgewalt und Ausländerkriminalität sowie eine Verschärfung des Strafrechts.** Das Jugendstrafrecht ist zu verschärfen. Bei schweren Fällen ist das Erwachsenenstrafrecht bereits ab 16 Jahren anzuwenden. Die Eltern haben ihre Aufsichts- und Erziehungspflichten wahrzunehmen und sind zur Rechenschaft zu ziehen. An den Schulen sind Alkohol-, Drogen- und Waffenverbote durchzusetzen.

**Das haben wir erreicht:**

**Dank der SVP ist das wachsende Problem der Jugendkriminalität in der ersten Legislaturhälfte auf die politische Traktandenliste gekommen. Politik und Behörden müssen handeln und können nicht mehr wegschauen. So wurden in einer von der SVP erwirkten ausserordentlichen Session die wesentlichen Missstände des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches wieder rückgängig gemacht. Die SVP macht mit verschiedenen Vorstosspaketen Druck auf Politik und Behörden.**

- *In der Wintersession 2007 stimmen die Räte aufgrund des SVP-Drucks der Umsetzungsgesetzgebung der Verwahrungsinitiative zu.*
- *In der Frühjahrsession 2008 setzt sich die SVP beim Zwangsanwendungsgesetz durch. Der Einsatz des Tasers wird Polizisten künftig erlaubt.*
- *In der Herbstsession 2008 überweist der Ständerat eine SVP-Motion, welche Transparenz über die vielfach ausländische Herkunft von Kriminellen herstellen möchte.*
- *Am 30. November 2008 nimmt das Schweizer Volk die Volksinitiative für die Unverjährbarkeit von pädophilen Straftaten an. Die SVP hatte als einzige massgebende Partei für dieses Anliegen gekämpft.*
- *Am 3. Juni 2009 findet eine ausserordentliche Session zum Thema „Verschärfung des Strafrechts“ statt, welche von der einstimmigen SVP-Fraktion einberufen wurde. Dabei wurden viele verschärfende Vorstösse der SVP vom Nationalrat überwiesen. Unter anderem stimmte der Rat einer Verschärfung des Strafmasses bei Vergewaltigung oder bei schwerer Körperverletzung zu, hiess die Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafen gut, stimmte der Abschaffung der bedingten gemeinnützigen Arbeit zu und hiess Korrekturen im Strafregisterrecht gut. Weiter nahm der Nationalrat SVP-Vorstösse an, welche unintegrierte Ausländer ausschaffen und den Strafvollzug in Herkunftsländern durchführen möchten. In der Wintersession 2009 wandelte der Ständerat entgegen dem Willen der SVP viele dieser vom Nationalrat überwiesenen Vorstösse in Prüfungsaufträge um.*

**Dafür haben wir gekämpft:**

- *Abgelehnt wurde in der Herbstsession 2009 ein Vorstoss von Ständerat Maximilian Reimann (AG), welcher die fallweise Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Jugendliche forderte.*

**Vorstösse der SVP-Fraktion:**

- 09.4176 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Mehr Transparenz beim Bundesgericht
- 09.3752 Interpellation der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Stärkere Massnahmen gegen Tier-schutz-Terroristen.
- 09.3681 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Konsequente Anwendung der Unverjähr-barkeit
- 09.3246 Motion der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Nachbetreuung von Triebtätern
- 08.3103 Motion Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Sicherheitsrisiko Bundesanwaltschaft
- 08.513 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Abschaffung der be-dingten gemeinnützigen Arbeit
- 08.512 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Abschaffung der Geld-straßen. Wiedereinführung von Bussen
- 08.511 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Wiedereinführung von Freiheitsstrafen auch von unter sechs Monaten

**Positionspapiere:**

- Positionspapier der SVP zur dringenden Revision des Schweizerischen Strafrechtes – für einen besse-ren Schutz unserer Bevölkerung vor Straftätern „Der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches: Ein Sanierungsfall“ vom 10. Juli 2008.
- Positionspapier der SVP zur Aufsicht über die Bundesanwaltschaft „Die SVP verlangt eine funktionie-rende Aufsicht über die Bundesanwaltschaft“ vom 26. Mai 2009.

**Das haben wir versprochen:**

### 3.7

**Die SVP-Fraktion fordert, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit Herkunftsländern von Asylsuchenden an Rückübernahme-Bedingungen zu knüpfen ist.** Auch Entwicklungspolitik ist Interessenpolitik. Die Interessen der Schweiz im Migrationsbereich müssen Richtschnur für diesbezügliche Entscheide sein.

**Das haben wir erreicht:**

**Die SVP äussert sich als einzige politische Kraft kritisch zur Wirkung der Entwicklungshilfe. Medien nehmen dieses Thema vermehrt auf. Allerdings erhöht die Gutmenschen-Koalition die Entwicklungshilfebeiträge ohne Rücksicht auf den Bundesfinanzhaushalt.**

**Dafür haben wir gekämpft:**

- *Trotz des Widerstandes der SVP beschliesst das Parlament 2008 die Entwicklungshilfegelder auf 0,5 Prozent des BIP zu erhöhen, was einer Aufstockung von 800 Millionen Franken entspricht. Dies, obwohl aus heutiger Sicht grosse Fragezeichen bestehen, wie diese zusätzlichen Zahlungen finanziert werden sollen.*

**Positionspapiere:**

- Positionspapier der SVP zur Entwicklungshilfe „Freiheit und Eigenverantwortung, statt Abhängigkeit und Korruption“ vom Februar 2008.

## 4. Weitere SVP-Schwerpunkte in der ersten Legislaturhälfte

### 4.1

Die SVP setzt sich für eine qualitativ hochstehende Bildung ein. Das HarmoS-Konkordat und seine Folgeprojekte, welche über Gleichmacherei eine Nivellierung nach unten bringen, sind zu bekämpfen.

Das haben wir erreicht:

Unter der Federführung der SVP wurde der Beitritt zum HarmoS-Konkordat in verschiedenen Kantonen bekämpft. 9 Kantone haben HarmoS bzw. dessen Umsetzung mittlerweile abgelehnt. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde eine Volksinitiative zur Wiedereinführung der Schulnoten angenommen. Die SVP nimmt nun schädliche Folgeprojekte von HarmoS - wie zum Beispiel den Lehrplan 21 - ins Visier.

#### Positionspapiere

- Positionspapier der SVP zum HarmoS-Konkordat vom März 2008.
- Positionspapier der SVP zur Qualität an der Volksschule „Der Lehrer“ vom April 2009.
- Positionspapier der SVP Schweiz zur Leistungsfeindlichkeit an der Volksschule „ Schulleistung heute“ vom April 2009.

## 4.2

Die SVP kämpft für einen Ausbau der Volksrechte, für effizientere behördliche Abläufe und für mehr Transparenz bei behördlichen Entscheiden. Ebenso setzt sich die SVP für den Erhalt der schweizerischen Identität ein.

### Das haben wir erreicht:

**Parlament und Bundesrat diskutieren dank des Drucks der SVP über vermehrte Transparenz und stellen bisherige, ineffiziente Abläufe in Frage. Dank der SVP bekennen sich auch die Politiker wieder vermehrt zur Schweiz und zu ihren traditionellen Werten.**

Vorstösse der SVP-Fraktion:

- 08.435 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Legislaturplanung ist Sache der Regierung
- 08.415 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Extranet. Zugang für Fraktionssekretariate zu Unterlagen kommissionseigener Geschäfte
- 08.410 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Veröffentlichung der Kommissionsprotokolle
- 08.401 Parlamentarische Initiative der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Veto des Parlamentes gegen Verordnungen des Bundesrates
- 09.3950 Motion Fraktion der Schweizerischen Volkspartei: Würdigung der Landeshymne im Parlament

**SVP-Fraktion hält als einzige Partei einen konsequenten Sparkurs ein!**

Geschäft		Abstimmungsverhalten					Folgen	
Nummer	Name	Resultat <sup>1</sup>	SVP	FDP	CVP	SP	Kosten in CHF	Entscheid
07.041	Voranschlag 2008 (Aufstockung)	125/46/3	nein	ja	ja	ja	4 Mrd.	angenommen
09.013	2. Stufe konjunkt. Stabilisierungsmassnahmen (Nachtrag 1a)	123/51/8	nein	ja	ja	ja	700 Mio.	angenommen
09.033	Voranschlag 2009: Nachtrag 1b	118/41/0	nein	ja	ja	ja	144 Mio.	angenommen
09.062	3. Stufe konjunkt. Stabilisierungsmassnahmen	101/93/2	nein	nein	ja	ja	330 Mio.	angenommen
07.082	Gesamtschau FinöV (ZEB) – Gesamtkredit ZEB (Vorlage 2)	121/56/1	nein	ja	ja	ja	200 Mio.	angenommen
07.082	Gesamtschau FinöV (ZEB) – Lärmsanierung (Vorlage 3) Kürzung	81/87/3	ja	ja	nein	nein	500 Mio. <sup>2</sup>	angenommen
08.028	Entwicklungszusammenarbeit. Finanzierung der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen. Weiterführung	102/83/5	nein	nein	ja	ja	800 Mio. p.a.	angenommen
08.030	Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern 2008-2011. Weiterführung	101/85/4	nein	nein	ja	ja		
08.3449	Familienergänzende Kinderbetreuung. Anschubfinanzierung	115/56/6	nein	ja	ja	ja	200 Mio.	angenommen
08.3752	Prävention von Naturgefahren. Aufstockung Finanzmittel für die nächsten Jahre (2008-2011)	108/48/0	nein	ja	ja	ja	219 Mio.	angenommen
08.082	BB über die internat. Währungshilfe (Währungshilfebeschluss)	114/47/2	nein	ja	ja	ja	2,5 Mrd.	angenommen

<sup>1</sup> Resultat der Abstimmung im Nationalrat (Ja/Nein/Enthaltungen)

<sup>2</sup> Der BR, der SR wie auch die SVP wollten den Kredit für die Lärmsanierung um 500 Millionen kürzen, da die Ziele auch mit weniger Geld erreicht werden können. Der NR widersetzte sich diesem Anliegen jedoch und beschloss den ursprünglichen Kredit beizubehalten.

09.437	Erhöhung der Fraktionsbeiträge	122/64/8	nein	ja	ja	ja	2,6 Mio. p.a.	angenommen
09.055	Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU. Beitrag der Schweiz an Rumänien und Bulgarien	113/52/3	nein	ja	ja	ja	257 Mio.	angenommen
09.041	Voranschlag 2010	133/52/2	nein	ja	ja	ja	2,464 Mrd. <sup>3</sup>	angenommen
09.042	Voranschlag 2009 Nachtrag II	131/36/1	nein	ja	ja	ja	450 Mio.	angenommen
09.059	FIPOI. Finanzhilfen an die WTO (Intra-muros-Erweiterung)	122/56/4	nein	ja	ja	ja	20 Mio.	angenommen
08.446	Erneuerung des Fonds Landschaft Schweiz						50 Mio. <sup>4</sup>	pendent
09.071	EU-Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme bis 2013. Beteiligung der Schweiz	122/48/4	nein	ja	ja	ja	111 Mio.	pendent
09.039	BB über den ausserordentlichen, zeitlich befristeten Beitrag zur Aufstockung der Mittel des IWF im Rahmen der internationalen Währungshilfe						10 Mrd.	pendent
05.093	11. AHV-Revision (1. Teil Leistungsseitige Massnahmen)						400 Mio. <sup>5</sup>	pendent

**Zusätzliche beschlossene Ausgaben gegen den Willen der SVP: 12,787 Milliarden CHF**

**Ausstehende weitere Ausgaben gegen den Willen der SVP: 10,561 Milliarden CHF**

---

**Total aller neuen zusätzlichen Ausgaben: 23,348 Milliarden CHF!**

<sup>3</sup> Der Voranschlag sieht ein Defizit von 2,464 Mrd. vor. Die SVP wollte Einsparungen von 1,5 Mrd. Die Anträge wurden jedoch abgelehnt.

<sup>4</sup> Verlängerung des Kredits um weitere 10 Jahre bis 2021. BR wollte aufgrund der finanziellen Lage der Bundesfinanzen auf Verlängerung verzichten.

<sup>5</sup> Der SR beschloss hier gegen den Willen der SVP den Rentenvorbezug mit 400 Millionen zu erleichtern.

**SVP als einzige Partei klar gegen neue Steuern und Abgaben!**

Geschäft		Abstimmungsverhalten					Folgen	
Nummer	Name	Resultat <sup>1</sup>	SVP	FDP	CVP	SP	Kosten in CHF	Entscheid
05.053	IV-Zusatzfinanzierung	126/58/4	nein	ja	ja	ja	1.4 Mrd. p.a.	angenommen
07.053	Änderung der Tabakbesteuerung	126/62/0	nein	ja	ja	ja	10-20 Mio. p.a.	angenommen
02.473	Teilzweckbindung CO2-Abgabe	102/74/16	nein	nein	ja	ja	200 Mio. p.a.	angenommen
07.492	Schutz und Nutzung der Gewässer (Renaturierung)	126/63/4	nein	ja	ja	ja	130 Mio. p.a.	angenommen
08.012	Nationalstrassenabgabegesetz	106/50/15	nein	ja	ja	ja	5 Mio. p.a.	pendent
04.430	Regulierung der Bücherpreise	103/74/5	nein	nein	ja	ja	70-120 Mio. p.a.	pendent
08.445	Angemessene Wasserzinsen	135/49/3	nein	ja	ja	ja	325 Mio. p.a. <sup>2</sup>	pendent
06.476	Pa. Iv. Fasel. Ein Kind, eine Zulage	95/68/3	nein	nein	ja	ja	167 Mio. p.a. <sup>3</sup>	pendent

**Zusätzliche beschlossene Abgaben gegen den Willen der SVP: 1,620 Milliarden CHF p.a.**

**Ausstehende weitere Abgaben gegen den Willen der SVP: 747 Milliarden CHF p.a.**

**Total aller neuen zusätzlichen Abgaben und Steuern: 2,367 Milliarden CHF p.a.!**

<sup>1</sup> Resultat der Abstimmung im Nationalrat (Ja/Nein/Enthaltungen)

<sup>2</sup> Die Kosten setzen sich zusammen aus der Erhöhung des Wasserzinses (150 Mio.) und einer Erhöhung der KEV um 175 Mio. Die Linke wollte gar KEV-Gelder von total 350 Mio.

<sup>3</sup> Mit der Vorlage sollen Selbstständigerwerbende ebenso einen Anspruch auf Kinder- und Ausbildungszulagen erhalten (oder gezwungen werden). Die Kosten diesbezüglich sollen von den Selbstständigerwerbenden getragen werden. Die bürgerlichen Parteien haben diesen Sozialausbau klar abgelehnt, scheiterten jedoch an der CVP-Links-Allianz.

**SVP – für Steuersenkungen und Entlastungen!**

Geschäft		Abstimmungsverhalten					Folgen	
Nummer	Name	Resultat <sup>1</sup>	SVP	FDP	CVP	SP	Senkung in CHF	Entscheid
05.058	Unternehmenssteuerreformgesetz II	123/70/0	ja	ja	ja	nein	430 Mio.	angenommen <sup>2</sup>
09.045	Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern	156/28/12	ja	ja	ja	ja	600 Mio.	angenommen
09.032	Kalte Progression bei der direkten Bundessteuer. Ausgleich der Folgen	189/0/6	ja	ja	ja	ja	500 Mio.	angenommen
06.463	Bundesgesetz über die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien	140/43/11	ja	ja	ja	nein	10'000 p. Pers.	angenommen
09.054	Immobilienbotschaft EFD 2009	162/0/2	ja	ja	ja	ja	40 Mio. <sup>3</sup>	angenommen
08.062	4. Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz (Reduktion der Erhöhung der Lohnbeiträge)	119/61/4	ja	ja	ja	nein	200 Mio. <sup>4</sup>	pendent
08.062	4. Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz (Ausgabenseitige Massnahmen)	119/61/4	ja	ja	ja	nein	700 Mio.	pendent
09.041	Voranschlag 2010	133/52/2	nein	ja	ja	ja	1,5 Mrd. <sup>5</sup>	abgelehnt
08.3865	Auszahlung des Überschusses 2008 an die Schweizer Bevölkerung	50/137/7	ja	nein	nein	nein	3,8 Mrd.	abgelehnt

<sup>1</sup> Resultat der Abstimmung im Nationalrat (Ja/Nein/Enthaltungen)

<sup>2</sup> Angenommen in der Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 mit 50,5% Ja-Stimmen.

<sup>3</sup> Es handelt sich hier um den Kredit für den Ausbau der Botschaft in Moskau, welcher dank der SVP aus der Botschaft rausgestrichen wurde.

<sup>4</sup> Die Botschaft wollte ursprünglich Einnahmen von 850 Mio. Mit Hilfe der SVP gelang es diese Mittel um 200 Mio. zu kürzen.

<sup>5</sup> Ein Rückweisungsantrag der SVP, ein notwendiges Entlastungsprogramm im Umfang von 1.5 Mrd. Fr. vorzuziehen, wurde abgelehnt. Ebenso wurden zahlreiche einzelne Sparanträge abgelehnt. Konsequenterweise lehnte die SVP daher den Voranschlag 2010 als einzige Partei ab.

08.3858	Finanzplan 2011-2013. Aufgabenüberprüfung	70/121/1	ja	nein	nein	nein	2 Mrd. p.a. <sup>6</sup>	abgelehnt
09.3677	Neue Revision des CO2-Gesetzes. Verhinderung einer Mehrbelastung der Bürger und der Unternehmen	79/100/4	ja	ja	nein	nein	400 Mio. p.a.	abgelehnt
08.3869	Senkung der Mehrwertsteuer zur Stärkung der Kaufkraft und Ankurbelung der Wirtschaft	60/134/1	ja	nein	nein	nein	2,7 Mrd. p.a.	abgelehnt
08.3527	Sistierung Zuschläge für Einspeisevergütung. Öko-Abgabe	57/130/5	ja	nein	nein	nein	320 Mio. p.a.	abgelehnt
08.3860	Sistierung der Importsteuer zur Arbeitsplatzzerhaltung in der Automobilindustrie	62/130/0	ja	nein	nein	nein	350 Mio. p.a.	abgelehnt

**Beschlossene Steuersenkungen und Entlastungen: 1,570 Milliarden CHF**

**Ausstehende weitere Entlastungen: 900 Millionen CHF**

**Abgelehnte Steuersenkungen und Entlastungen der SVP: 11,070 Milliarden CHF**

---

**Total aller Steuersenkungen und Entlastungen der SVP: 13,540 Milliarden CHF!**

<sup>6</sup> Die SVP wollte mit der Aufgabenprüfung 2 Mrd. pro Jahr im Bundeshaushalt sparen. Dieses Anliegen wurde trotz der schlechten Finanzaussichten vom NR abgelehnt.

Das hat die **SVP** der Schweizer Bevölkerung vor den Wahlen 2007 versprochen:

Wir wollen für alle die Steuern senken.  
Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.  
Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.



## Resultat

### Steuern:

- Die SVP hat entscheidend mitgeholfen, dass die Steuern für Familien und Unternehmen um insgesamt 1,6 Milliarden Franken gesenkt werden.
- Die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen höhere Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft und verschiedene Vorstösse für Steuersenkungen gemacht (Mehrwertsteuer, Autoimportsteuer, LSVA, CO<sub>2</sub>-Abgabe).
- Die SVP hat sich als einzige Partei konsequent für weniger Ausgaben und für gesunde Finanzen eingesetzt. Gegen den Willen der SVP wurden in der ersten Legislaturhälfte vom Parlament aber unnötige Ausgaben von über 12,7 Milliarden Franken beschlossen, die der Steuerzahler zusätzlich zahlen muss.

### EU-Beitritt:

- Dank der SVP und der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Zu unserem Vorteil: Unsere Volksrechte bleiben erhalten, und die Mehrwertsteuer steigt nicht auf 15 Prozent oder mehr.
- Die SVP hat Auslandeinsätze der Schweizer Armee erfolgreich bekämpft (keine Pirateneinsätze vor Somalia, keine Wiederholungskurse im Ausland) und so dafür gesorgt, dass die Neutralität unseres Landes nicht weiter preisgegeben wird.
- Die SVP lehnt ein Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft mit der EU sowie weitere Konzessionen der Landwirtschaft im Rahmen der WTO ab. Denn sonst würde unsere Landwirtschaft noch mehr zerstört. Dank des Drucks der SVP steigen die Vorbehalte gegen ein Freihandelsabkommen mit der EU. Das stärkt unsere Landwirtschaft.

### Kriminelle Ausländer:

- Die SVP hat mit 211'000 Unterschriften eine Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer eingereicht. Das Volk kann so bald über mehr Sicherheit abstimmen.
- Die SVP bekämpft konsequent den Asyl- und Sozialmissbrauch. Ebenso hat die SVP die Missbräuche bei der Invalidenversicherung, dem Strafrecht und dem Strafvollzug angeprangert. Die Politik wird so zur Bekämpfung der Missbräuche gezwungen, damit die Sozialwerke überleben können.
- Die SVP verlangt: Personen, die in unserem Land leben, müssen die geltenden Gesetze befolgen und unsere christlich-abendländischen Traditionen und Wertvorstellungen respektieren und beachten. Ebenso bekämpft die SVP Parallelgesellschaften von ausländischen Gruppierungen. Dank der SVP können Scheinehen wirkungsvoller verhindert werden.

### Weitere Erfolge für unsere Bevölkerung:

- Bildung: Die SVP hat verhindert, dass das HarmoS-Konkordat in der ganzen Schweiz umgesetzt wird. Das Resultat: In vielen Kantonen werden die Kinder nicht mit 4 Jahren zwangseingeschult. Die Eltern werden in der Erziehung nicht entmündigt.
- Volksrechte: Die SVP lehnt die Aushebelung unserer bewährten Volksrechte durch internationales „Völkerrecht“ ab. Dank der Unterstützung der SVP wird das Volk über eine Volksinitiative abstimmen können, nach welcher Verträge mit anderen Staaten zwingend einer Volksabstimmung bedürfen. Wie wichtig es ist, die Volksrechte zu verteidigen, hat die Diskussion über die Gültigkeit der Minarett-Initiative und der SVP-Ausschaffungsinitiative gezeigt.

### Fazit: SVP auf Kurs

- Die SVP steht ohne Wenn und Aber zur Schweiz.
- Der Vertrag mit dem Volk wird eingehalten.
- Die SVP hält ihre Wahlversprechen.
- Wir kämpfen gegen Parallelgesellschaften.
- Wir stehen konsequent zur direkten Demokratie.

### Die Bevölkerung hat die verlässliche Politik der SVP honoriert:

- Die SVP ist mit 29 Prozent Wähleranteil die mit Abstand stärkste Partei der Schweiz.
- Die SVP hat 8 von 11 kantonalen Wahlen in der laufenden Legislatur gewonnen.
- Die SVP hat in den Kantonen 12 Parlamentssitze dazugewonnen, während SP, FDP und CVP zusammen über 100 Sitze verloren haben.
- Die SVP hat in den letzten zwei Jahren 10'000 neue Mitglieder gewonnen. Die Mitgliederzahl ist auf über 90'000 gestiegen.

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)



Die Partei des Mittelstandes

### Aber: Die Arbeit ist noch nicht getan.

**Helfen Sie mit: Werden Sie Mitglied der SVP!  
Wählen Sie SVP. Denn SVP wählen heisst:  
Die Schweiz stärken!**

#### Setzen Sie sich mit uns ein für den Erhalt der direkten Demokratie

- Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiunterlagen zu.
- Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
- Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_  
Beruf \_\_\_\_\_ Geburtsjahr \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ausschneiden und senden an: Schweizerische Volkspartei SVP, Postfach 8252, 3001 Bern  
oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Internet [www.svp.ch](http://www.svp.ch)  
Spenden auf PC-Konto 30-8828-5